

Peter Ruben

Bemerkungen zu *Dialektik, Arbeit, Gesellschaft*¹

Ich danke der ‚Hellen Panke‘ und natürlich unserem Vereinsvorstand sehr für diese Geburtstagsveranstaltung und will meinen Dank für diese Ehrung umgehend mit dem Vorschlag einer Lösung des klassischen Widerspruchsproblems der DDR-Philosophie einleiten, die ich dem Publikum als Geschenk präsentiere.

Der Widerspruch in Dialektik und Logik

Knapp ein viertel Jahrhundert nach dem Ende der DDR kann ich heute schwerlich voraussetzen, was man in den fünfziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts als philosophisch Interessierter von den Diskussionen der Fachphilosophen wußte. Die damaligen Kenntnisse sind, wie die Erfahrung zeigt, im Laufe der vielen Jahre samt der zugehörigen Generationsfolge deutlich verloren gegangen. Daher muß ich heute damalige Diskussionen wohl ein wenig in Erinnerung rufen, um verstanden zu werden.

Wie alles in der DDR begann auch die Debatte über den Zusammenhang der Dialektik mit der Logik mit dem großen und weisen Führer aller Werktätigen, dem Genossen Stalin. Der hatte sich in mehreren Briefen vom 20. Juni bis zum 2. August 1950 in der *Pravda* zum „Marxismus in der Sprachwissenschaft“ unter der Voraussetzung geäußert, eben „damit direkt zu tun“ zu haben.² Zwar sagte der Moskauer Kremlherr zur Logik oder Dialektik kein einziges Wort, sondern kritisierte den seit 16 Jahren toten Linguisten

¹ Erstveröffentlichung im Heft 36 der Reihe *Philosophische Gespräche*, hg. von *Helle Panke e. V.*, Berlin 2015, S. 7–46. Vom Autor korrigierte und leicht überarbeitete Version.

² J. Stalin: *Der Marxismus und die Fragen der Sprachwissenschaft*. Berlin: Dietz Vlg. 1951, S. 4. Die *Pravda* hatte im Mai 1950 die Debatte über die sowjetische Linguistik eröffnet, und Stalin antwortete auf die Bitte jüngerer Leute, die von ihm seine Meinung zu sprachwissenschaftlichen Fragen lesen wollten.

Nikolaj Jakowlewitsch Marr³, der seine Marxismusrezeption mit der These vom Überbaucharakter der Sprache artikuliert und – wie Stalin notierte – „noch die andere, ebenfalls falsche und unmarxistische Formel von dem ‚Klassencharakter‘ der Sprache“ in die Linguistik hineingetragen hatte.⁴ Dann äußerte er noch ein Paar nicht sonderlich eindrucksvolle Sätze über die Grammatik. Und es begann eine wahrhaft umwerfende Exegese, die man im 29. Beiheft der *Sowjetwissenschaft* nachlesen kann.⁵

In der zwei Jahre jungen DDR erklärte Georg Klaus im Einführungsreferat auf der Jenenser Logik-Konferenz vom November 1951: „Die Arbeit Josef Stalins über Sprachwissenschaft hat auf zahlreichen Gebieten bahnbrechend gewirkt. Sie gibt die Möglichkeit, auch wichtige Fragen der Logik zu klären. Das lang umstrittene Gebiet der formalen Logik und ihres Verhältnisses zur Dialektik erfährt eine neue Beleuchtung. ... Insbesondere gibt die Stalinsche Arbeit die Möglichkeit, das Wesen des Formalen in der Logik und überhaupt in jeder Wissenschaft besser, als dies bisher möglich war, einzuschätzen und es vom Formalismus abzugrenzen.“ Und G. Klaus erklärt, versuchen zu wollen, „einige Konsequenzen aus der Stalinschen Arbeit für die Einschätzung der mathematischen Logik durch den dialektischen Materialismus zu ziehen“⁶. Gut ein Jahr zuvor schon hatte der Inhaber des Lehrstuhls für Logik an der Universität Tbilissi K. S. Bakradse festgestellt: „Seitdem die neuen Arbeiten des Genossen Stalin zu den Fragen der Sprachwissenschaft veröffentlicht sind, die ... jeder wissenschaftlichen Erkenntnis zugrunde liegen sollten, haben sich viele strittige Fragen in der Logik von selbst erledigt.“⁷ Der Inhaber des Lehrstuhls für Logik an der Moskauer Lomonossow-Universität W. I. Tscherkessow schrieb: „Stalins geniale Arbeiten zur Sprachwissenschaft ... bieten ... die Lösung für alle so lange umstrittenen Probleme der Logik.“⁸ So ließe sich noch weiter berichten.

Die Nachfahren mögen fragen: Wieso haben Stalins Linguistik-Briefe eine so enorme Rolle gespielt? Die Antwort ergibt sich aus der Kenntnisnahme der Zeitsituation. Sie bestand in der UdSSR in diesem Zusammenhang insbesondere darin, dass das

³ N. J. Marr wurde am 6. Januar 1865 in Kutaissi geboren und starb am 20. Dezember 1934 in Leningrad. 1900 wurde er Professor in St. Petersburg. Sein Forschungsgegenstand waren die kaukasischen und orientalischen Sprachen.

⁴ Stalin a. a. O., S. 40

⁵ Vgl. Über formale Logik und Dialektik. Diskussionsbeiträge. Hg. v. J. Kuczynski u. W. Steinitz. Berlin: Vlg. Kultur u. Fortschritt 1952

⁶ Protokoll der philosophischen Konferenz über Fragen der Logik am 17. und 18. November 1951 in Jena. 1. Beiheft zur Deutschen Zeitschrift für Philosophie. Hg.: A. Baumgarten, E. Bloch, W. Harich, K. Schröter. Berlin: Deutscher Vlg. d. Wissenschaften 1953. S. 7

⁷ Vgl. Über formale Logik und Dialektik. Diskussionsbeiträge. S. 13. Der Aufsatz Bakradses hat den Titel *Über das Verhältnis von Logik und Dialektik* und wurde im Original in den *Voprosy filosofii*, H. 2/1950 veröffentlicht.

⁸ Ebd., S. 43. Der Aufsatz Tscherkessows trägt den Titel *Über Logik und marxistische Dialektik* und erschien ebenfalls zuerst im Heft 2/1950 der *Voprosy filosofii*.

KPdSU-ZK 1946 einen Beschluß über die Einführung des Logik-Unterrichts an den Mittel- und Hochschulen gefaßt hatte. Zur Realisation dieser Entscheidung waren natürlich Lehrbücher nötig. Sie beschaffte 1947 Sof'ja Aleksandrovna Janovskaja (1896–1966) durch Übersetzung des berühmten Werks von David Hilbert (1862–1943) und Wilhelm Ackermann (1896–1962)⁹ sowie 1948 durch russische Edition der ebenso bedeutenden Arbeit von Alfred Tarski (1901–1983) *Einführung in die Logik und die Methodologie der deduktiven Wissenschaften*. Für das Unterrichtsjahr 1949/50 hatte die Verwaltung für Unterricht in den Gesellschaftswissenschaften der UdSSR einen Logik-Lehrplan erlassen, der natürlich Debatten unter fachkompetenten und sonstigen Interessenten auslöste. In diese Situation platzten Stalins Linguistik-Briefe und riefen umgehend die angedeutete intensive Diskussion hervor, die auch in der DDR wahrgenommen wurde, insbesondere an der SED-Parteihochschule. Jürgen Kuczynski und Wolfgang Steinitz gaben, wie schon notiert, eine Sammlung sowjetischer Diskussionsbeiträge zum Thema *Über formale Logik und Dialektik* heraus, zum Teil von Alfred und Eva Kosing übersetzt, die auch die deutsche Übersetzung redigierten. Vom 17. bis 18. November 1951 fand, wie ebenfalls bereits erwähnt, eine *philosophische Konferenz über Fragen der Logik* in Jena statt, deren Protokoll unter der Redaktion von Ernst Bloch und Wolfgang Harich erschien. Letzterer endlich eröffnete im Mai 1953 die Logik-Debatte im ersten Heft der Deutschen Zeitschrift für Philosophie (DZfPh).¹⁰

In dieser Debatte erschien 1956 ein Beitrag von Kazimierz Ajdukiewicz¹¹, der den Grundsatz vom Widerspruch diskutierte und behauptete: „Die ontologische Formulierung dieses Grundsatzes kann am einfachsten so ausgedrückt werden: es ist niemals so und so und zugleich nicht so und so.“¹² Indem er dann die Zenonschen Paradoxien behandelte, kam er zum Schluss, dass „man Zenon den Irrtum, dem er zum Opfer fiel, nicht übelnehmen“ könnte, aber gegenwärtig wäre bestimmt festzustellen: „Mit solcher Nachsicht können jedoch diejenigen, die heute diesem Irrtum immer noch erlegen sind, nicht behandelt werden.“¹³

Adam Schaff folgte dieser Auffassung, wobei er sie so variierte, dass „... man den Klassikern des Marxismus... keinen Vorwurf machen kann ...“, wenn sie noch nicht die Gedanken Cauchys und Bolzanos zur mathematischen Analysis kannten, um sich vom Irrtum Zenons zu überzeugen. Schaff versicherte: „Die Aufdeckung des Missverständnisses, das mit der traditionellen eleatischen Interpretation der Bewegung verbunden ist,

⁹ D. Hilbert u. W. Ackermann: Grundzüge der theoretischen Logik. Vierte Aufl., Berlin/Göttingen/Heidelberg: Springer-Vlg. 1959. Die 2. Aufl. erschien 1938, sie hat der Janovskaja vorgelegen.

¹⁰ W. Harich: Beitrag zur Logik-Debatte. In: DZfPh 1(1953)1, S. 175–208

¹¹ In: DZfPh 4(1956)3, S. 318–338

¹² K. Ajdukiewicz: Über Fragen der Logik, Diskussion, in: DZfPh 3/1956, S. 319

¹³ Ebd., S. 331

steht zu dem Grundsatz der Einheit und des Kampfes der Gegensätze nicht im geringsten in Widerspruch.“¹⁴ Indem er so den Ausdruck „Widerspruch“ durch den Ausdruck „Einheit und Kampf der Gegensätze“ ersetzte, produzierte Schaff für das Publikum den Schein, dass ja der marxistisch-leninistische Begriff des dialektischen Widerspruchs keinesfalls aufgegeben werden sollte. Tatsächlich wurde die Sache aufgegeben und nur der Name beibehalten!

Bodo Wenzlaff erklärte nach dem Studium der „Erkenntnisse“ Ajdukiewicz und ihrer marxistisch-leninistisch sein sollenden Auslegung durch Schaff: „Die krampfhaften Bemühungen, in den *klassischen* Bewegungsbegriff dialektische Widersprüche hineinzupinterpretieren, mußten notwendig fehlschlagen. Wir hoffen, dass die Ausführungen von Ajdukiewicz und Schaff derartigen Versuchen ein Ende gesetzt haben.“¹⁵ Allerdings verwies Wenzlaff darauf, dass die Argumentation der polnischen Autoren auf der Grundlage der Isolierung der Kinematik beruhte und nur für die klassische Mechanik Gültigkeit besäße.

Georg Klaus diskutierte den analytischen Grenzübergang und versicherte: „Durch diesen Grenzübergang schrumpft auch die Strecke $s_2 - s_1$ auf einen Raumpunkt zusammen. In diesem Raumpunkt aber ruht der Pfeil nicht, sondern er bewegt sich mit einer Geschwindigkeit $\dot{f}(t_2)$.“¹⁶ Klaus kam dann zur Feststellung: „Wer die praktischen Erfolge der klassischen Mechanik anerkennt, muß auch ihr theoretisches Gebäude anerkennen und damit aufhören, in den ... angeführten Tatbeständen dialektische Widersprüche erblicken zu wollen. Das aber wiederum heißt die Tatsache anerkennen, dass dialektische Widersprüche in der Bewegung nicht dort zu suchen sind, wo sie Zeno gesucht hat, und dass folglich seiner Überlegung tatsächlich erhebliche semantische Unzulänglichkeiten zugrunde liegen.“¹⁷

Es fragt sich natürlich, wieso die Anerkennung des theoretischen Systems der klassischen Mechanik gleichbedeutend mit der Leugnung des dialektischen Widerspruchs in der mechanischen Bewegung sein soll? Gewiss ist dies eine Frage der korrekten wissenschaftstheoretischen und philosophischen Analyse. Wenn Klaus vom „Zusammenschrumpfen“ eines Längenintervalls beim Grenzübergang auf einen „Raumpunkt“ spricht, so zeigt er, dass von einer korrekten Analyse seinerseits hier nicht gesprochen werden kann. Die Geschwindigkeit ist keine punktuelle, sondern eine lokale Eigenschaft, d. h., dass von einem „Zusammenschrumpfen ... auf einen Raumpunkt“ nicht mathematisch und physikalisch sinnvoll gesprochen werden kann.

¹⁴ A. Schaff: Über Fragen der Logik, Diskussion, in: DZfPh 3/1956, S. 351

¹⁵ B. Wenzlaff: Über den Widerspruch in der Bewegung, in: DZfPh 6/1958, S. 877

¹⁶ G. Klaus: Spezielle Erkenntnistheorie, Berlin 1965, S. 258

¹⁷ Ebd., S. 259–260

In der Sowjetunion erklärte E. Kolman auf einer Konferenz zum Widerspruchproblem, dass die berühmte Engelssche Formulierung über den Widerspruch in der Ortsveränderung, die auf Hegels Darstellung zurückgeht, den logischen Widerspruchssatz verletzte und daher in der gegebenen Form nicht haltbar wäre. Iljenkow vertrat demgegenüber die Auffassung, dass mit einer derartigen Feststellung das Herz der „dialektischen Logik“ zerstört werde.¹⁸

Die angeführten Äußerungen repräsentieren eine verbreitete Vorstellung, die mit der im 20. Jahrhundert gesteigerten Bedeutung der Logik von einer Reihe von Philosophen herausgebildet wurde. Den Vertretern derartiger Auffassungen sind die Paradoxien Zenons¹⁹ unverdaulich, weil sie implizit von der unbedingten Gültigkeit der logischen Normen für das wissenschaftliche Verhalten ausgehen. Die gerade durch die Paradoxien des Zenon in Frage gestellt wird. Dazu ist mit H. Ley zu sagen: „Die Beschränkung auf die formale Logik pflügt sich immer bitter zu rächen. So schwankt sein (Ajdukiewicz / d. V.) Beweisversuch zwischen Apriorismus und Empirie, meint Solidität vorspiegeln zu können, wo nichts anderes vorliegt als Verzicht auf den philosophischen Gedanken.“²⁰

Mit dieser Beurteilung wird eine Situation charakterisiert, die man durchaus pikant nennen darf: Philosophen, die der Logik und Mathematik die Ehre erweisen wollen, scheinen diese Ehrerweisung nur als möglich zu erachten, wenn sie zugleich die Zenonschen Paradoxien in das Reich vorwissenschaftlicher Gedanken verweisen. Umgekehrt aber entwickeln Vertreter der Logik und Mathematik gegenüber Zenon eine jenen Philosophen genau entgegengesetzte Haltung: A. A. Fraenkel (1891–1965), einer der „Väter der Mengenlehre“, also einer jener Wissenschaftler, denen man gewiss nicht den Vorwurf machen kann, die fundamentale Funktion der logischen Normen noch nicht erfasst zu haben, sagt zu dem hier diskutierten Problem, dass Aristoteles die Paradoxien des Zenon zu Unrecht als bloße Sophismen abgetan habe. Tatsächlich handele es sich um die Unmöglichkeit, ein Kontinuum *als Ganzes* durch diskrete Schritte zu erfassen.²¹ H. Weyl (1885–1955) bemerkt: „Die Unmöglichkeit, das Kontinuum als ein starres Sein zu fassen, kann nicht prägnanter formuliert werden als durch das bekannte Paradoxon des Zenon von dem Wettlauf zwischen Achilleus und der Schildkröte.“²² L. de Broglie (1892–1987) stellt bezüglich der Auffassung, dass die angenommene Widerlegung Zenons durch den Begriff der Geschwindigkeit in der klassischen Mechanik bewiesen sei, fest, dass diese

¹⁸ E. W. Iljenkow: Das Problem des Abstrakten und des Konkreten in Marx' „Kapital“, in: Sowjetwissenschaft / Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge 5/1968, S. 444–462

¹⁹ Zu Zenon vgl. H. Diels: Die Fragmente der Vorsokratiker. Erster Bd., 3. Aufl. Berlin: Weidmannsche Buchhdlg. 1912, S. 165–175

²⁰ H. Ley: Über Fragen der Logik, Diskussion, in DZfPh 4/1956, S. 440

²¹ A. A. Fraenkel: Logik und Mathematik, in: Studium Generale 3/1966, S. 127–135

²² H. Weyl: Philosophie der Mathematik und Naturwissenschaft, 3. wesentl. erw. Aufl., München – Wien: R. Oldenbourg 1966, S. 61

Vorstellung mit der Existenz des Wirkungsquantums erschüttert worden ist. Eine raumzeitliche Lokalisation lasse sich nur in Grenzen einem dynamischen Zustand zuschreiben. Die vorgebliche Widerlegung Zenons basiere auf der einfachen Annahme der Kontinuitätshypothese, also auf der gedanklichen Unterstellung, dass die Natur keine Sprünge mache.²³

Die angeführten Argumente zusammen liefern uns die Beschreibung einer Lage, die extrem zugespitzt das Problem enthält: Ist der logische Satz vom ausgeschlossenen Widerspruch mit dem dialektischen Satz vom (in der Bewegung) eingeschlossenen Widerspruch vereinbar oder nicht?

Hegel als Voraussetzung für Frege

Um das gestellte Problem zu lösen, müssen wir folgende Voraussetzungen annehmen:

1. Widersprüche sind in sprachlichen Sätzen geäußerte Behauptungen, in denen ein und demselben Satzgegenstand (Subjekt) *eine* Satzaussage (Prädikat) zu- und abgesprochen worden ist. Z. B. ist *Fritz ist klug und nicht klug* ein solcher Satz. Er vereint eine Prädikation (Zusprechen eines Prädikats zu einem Subjekt) mit einer Abdikation (Absprechen eines Prädikats von einem Subjekt) zu einem Satz. Diese Einheit können wir in eine Satzverbindung umbilden, die mit dem Bindewort *und* realisiert wird: *Fritz ist klug und Fritz ist nicht klug*, ohne dass sich dadurch der Sinn des ersten Satzes ändert. Die Satzverbindung ist noch immer ein Widerspruch. Eine zweite Art von Widersprüchen gewinnen wir, wenn entgegengesetzte Eigenschaften in einem Prädikat einem Subjekt zugesprochen werden. Z. B. ist *Fritz ist klug und dumm* ein solcher Satz. In diesem Fall handelt es sich nicht um die Vereinigung einer Prädikation mit einer Abdikation, sondern um die konjunktive Zusammenfügung einer Prädikation mit einer Gegenprädikation – wie wir nach einem Vorschlag von F. Sommers²⁴ sagen können. Selbstverständlich kann auch dieser Widerspruch ohne Sinnänderung in die Satzverbindung *Fritz ist klug und Fritz ist dumm* umgewandelt werden. Die Satzeinheiten von Prädikation und Abdikation bzw. von Prädikation und Gegenprädikation nennt man gewöhnlich auch Paradoxa.

²³ L. de Broglie: *Licht und Materie*. Dt. Übers. v. R. Tüngel und R. Gillischewski, Frankfurt am Main und Hamburg: Fischer Bücherei 1958, S. 133

²⁴ F. Sommers: *On a Fregean dogma*. In: *Problems in the philosophy of mathematics*, ed. by I. Lakatos, Amsterdam 1967, S. 47–81. Vgl. auch F. Sommers: *The calculus of terms*; in: *Mind*, Vol. LXXIX, No. 313 (1970). Sommers verwendet nicht das Wort *Prädikation*, sondern den Terminus *Affirmation* und spricht daher von der *Gegenaffirmation*, der er die *Gegennegation* zuordnet. Letztere müßte hier *Gegenabdikation* genannt werden.

2. Für dialektische Paradoxa können wir im Allgemeinen annehmen, dass sie Einheiten von Prädikationen mit entsprechenden Gegenprädikationen sind. Gleich zu Beginn seiner ‚Logik‘ konfrontiert Hegel seine Leser mit dem Satz *Das Werden ist die Einheit des Seins und des Nichtseins*.²⁵ Dieser Satz enthält mit dem Terminus *die Einheit* eine Bezeichnung, die – so meine Deutung – das Ergebnis eines Handelns (eines Operierens) benennt, das das Einen oder Vereinen ist. Diese Handlungsart muß man vom Einigen bzw. Vereinigen unterscheiden. Das sollte möglich sein, bedenkt man, dass Günter Grass im Mai 1990 seinen Kommentar zur Herstellung der deutschen Einheit u. a. so formulierte: „Als jemand, der seit Jahren die Konföderation vorschlägt, also die Einigung höher bewertet als eine Einheit, die er zu fürchten gelernt hat, stehe auch ich auf dem Bahnsteig und wiederhole papageienhaft meine Warnungen, ohne ich doch, dass dem abgefahrenen Zug Unglück vorprogrammiert ist.“²⁶ Zwar ist der Sprachsinn eines Schriftstellers sicher hoch entwickelt, aber das *Einen* wird man vom *Einigen* als verschiedene Handlungsarten auch mit normal entwickeltem Sprachsinn unterscheiden können, wenngleich manche Beispiele das Gegenteil zu zeigen scheinen.

Der Unterschied des Einigens vom Einen (des Vereinigens vom Vereinen) erscheint in den verschiedenen Wissenschaften als Unterschied des Addierens vom Multiplizieren, in der Mengenlehre als Mengenvereinigung im Unterschied zur Durchschnittsbildung bei Mengen. In der Sozialwissenschaft werden Gesellschaften als Resultate des Vereinigens studiert (sie sind auch Vereinigungen), Gemeinschaften als Produkte des Vereinens (sie sind auch Vereine). Mit Bezug auf Physik und Arithmetik ist zu bedenken, dass die physikalische Vereinigung (Addition) etwas ganz anderes ist als die arithmetische (das Vereinigen von Längen ist ein qualitativ anderes Handeln als das Vereinigen von Zahlen). Gleiches gilt für die Multiplikation (wer in der Physik $v \cdot t = s$, d. h. die Gleichheit der Einheit von Geschwindigkeit und Dauer mit der Strecke, feststellt, meint mit dem Zeichen \cdot keineswegs dasselbe wie mit dem gleichen Zeichen in

²⁵ G. W. F. Hegel: *Wissenschaft der Logik*. Erster Teil. Hg. v. G. Lasson. Leipzig: Vlg. v. F. Meiner 1951, S. 67–68. Hegel verwendet im Original nacheinander die Wörter *Sein*, *Nichts*, *Werden*, um sodann letzteres als „Einheit des Seins und Nichts“ auszusprechen, und sagt dann: „Wollte man es für richtiger halten, dass statt des Nichts dem Sein das *N i c h t s e i n* entgegengesetzt würde, so wäre in Rücksicht auf das Resultat nichts dawider zu haben, denn im *N i c h t s e i n* ist die Beziehung auf das *S e i n* enthalten“ (a. a. O., S. 68). Mit Blick auf die angegebene Bestimmung der Paradoxa habe ich diese Erwägung Hegels in meiner Wiedergabe unterstellt. Das Wort *Nichts* ziehe ich zur Bezeichnung dessen vor, was Mathematiker *die leere Menge* nennen. Das ist im Sinne der Grammatik ein Gegenstand, über den etwas ausgesagt werden kann. Dagegen meint das Wort *Sein* die Invariante aller Eigenschaften, die durch die substantivierten Prädikate wie Rotsein, Blausein, Menschsein, Bewegtsein, Körpersein etc. benannt werden. *Nichtsein* ist als Eigenschaftsname von *Nichts* als Gegenstandsnamen, so meine ich, gut zu unterscheiden.

²⁶ G. Grass: *Der Zug ist abgefahren – aber wohin?* In: Ders.: *Ein Schnäppchen namens DDR. Letzte Reden vorm Glockengeläut*. München: dtv 1993, S. 20.

der arithmetische Behauptung $m \cdot n = k$). Man kennt den von Grass gebrauchten Unterschied des Einigens vom Einem auch als Unterschied des Assoziierens vom Unifizieren (mit ihren Resultaten der Assoziation und der Union). Wie problematisch unter Deutschen das Wissen von dieser Artverschiedenheit beider Bindungshandlungen beschaffen ist, zeigt sich an den Übersetzungen aus dem Englischen: Die United States heißen zu deutsch „Vereinigte Staaten“, die United Nations aber „Vereinte Nationen“. Umgekehrt ist Marx' und Engels' Losung „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“ in die englische Aufforderung „unite“ übersetzt worden, was klarerweise eine falsche Übersetzung ist. Die beiden Klassiker des Marxismus hatten nie etwas anderes im Sinn als eine Assoziation.

Die Einheit des Seins und Nichtseins, die Hegel als Eigenschaft des Werdens ausspricht, ist nun genau der dialektische Widerspruch, der den Anfang der Hegelschen *Logik* (die eigentlich *Kategorienlehre* heißen müßte) bildet. Sollte er zugleich ein logischer Widerspruch sein, wie die Hegelkritiker meinen, so müßte der fragliche Satz sinngleich in die Satzverbindung *Das Werden ist das Sein und das Werden ist das Nichtsein* transformiert werden können, ohne seine (von Hegel behauptete) Gültigkeit zu verlieren. So hätten wir nicht *einen* Satz mit widersprüchlicher Satzaussage, sondern *zwei* Sätze mit je einer Aussage.

Für die hier zu bietende Argumentation ist es außerordentlich wichtig zu notieren, dass der Satz vom logischen Widerspruch sich auf Verbindungen zweier Sätze bezieht, die mittels des logischen Vereinens (Konjungierens) verknüpft werden. Dabei muß der zweite Satz als Ergebnis der Urteilsbildung die logische Negation des ersten Satzes sein, der seinerseits durch Urteilsbildung die entsprechende logische Position darstellt. Nehmen wir das Zeichen ! zur Bezeichnung der logischen Position und das Zeichen \neg zur Notation der logischen Negation sowie das Zeichen \wedge als Symbol für die Handlung der Urteilsvereinung (Konjunktion), so können wir für Sätze H erklären: $!H \wedge \neg H$ ist die Form eines logischen Widerspruchs. Nun lautet unsere Gretchenfrage natürlich: Ist es zulässig, Hegels Satz über das Werden als die Einheit des Seins und Nichtseins so umzuformen, dass er gültig die Form des logischen Widerspruchs annimmt?

Ehe wir diese Frage direkt beantworten, müssen wir uns noch der Negation in Gestalt der Gegenprädikation zuwenden: Oben wurde die Satzverbindung *Fritz ist klug und Fritz ist dumm* vorgestellt. Haben wir mit ihr einen logischen Widerspruch vor uns? Das wäre nach der gegebenen Erklärung gewiß dann der Fall, wenn wir unterstellten: Die Dummheit ist das logische Gegenteil der Klugheit. Aber können wir annehmen, dass jemand genau dann nicht klug ist, wenn er dumm ist? Können wir aus dem Fehlen der Klugheit auf das Vorhandensein der Dummheit et vice versa schließen? Nehmen wir ein anderes Beispiel: Wir verwandeln eine Prädikation in ein positives Urteil, wenn wir ihr

die Wahrheit zusprechen. Aber können wir aus dem Zusprechen der Wahrheit auf das Absprechen der Falschheit schließen und umgekehrt? Allgemein gesagt: Haben wir eigentlich nur zwei Arten, Sätze und Gegensätze zu bilden? Sind also Abdikation und Gegenprädikation bzw. Prädikation und Gegenabdikation voneinander nicht unterscheidbar? Wenn wir diese Frage positiv beantworten, entscheiden wir uns für die Annahme der *klassischen Zweiwertigkeit*: Jedes Urteil ist **entweder** wahr **oder** falsch; eine dritte Möglichkeit gibt es nicht (*tertium non datur*). Man kann aber sehr wohl argumentieren: Wenn ein Satz nicht wahr ist, so muß er keineswegs schon falsch sein. Wenn Fritz nicht klug ist, so muß er durchaus nicht auch dumm sein. Diese Erwägung eröffnet die Möglichkeit einer mehrwertigen Logik (die *klassische* Satzlogik unterstellt für Urteile die Zweiwertigkeit, also die Entscheidung, ein Urteil genau dann als wahr anzusehen, wenn seine Negation falsch ist).

Die Wörter *klug* und *dumm* bzw. *wahr* und *falsch* haben wir in Sätzen verwendet, in denen in den Prädikaten noch das Wort *ist* auftritt. Dieses Wörtchen wird in der Logik oft „Kopula“ genannt und so mit dem Sinn verwendet, sich die Satzbildung als eine durch „ist“ realisierte Verknüpfung eines Subjekts mit einem Prädikat vorzustellen. H. Wessel unterstellt: „Die Unterscheidung in Subjekt- und Prädikattermini ist in der Termintheorie fundamental. ... *Subjekttermini* sind solche Termini, die in der Sprache die Aufgabe haben, Gegenstände zu bezeichnen. ... *Prädikattermini* sind solche Termini, die in der Sprache die Aufgabe haben, Eigenschaften und Beziehungen auszudrücken.“²⁷ Damit unterstellt der Autor einerseits die Vorstellungen von Gegenständen, Eigenschaften und Beziehungen und andererseits das Wissen von Subjekten und Prädikaten ohne Kenntnis der entsprechenden Sätze. Erstens sehe ich nicht, wie man *Satzglieder* – und das sind die Subjekt- und Prädikattermini – kennen kann, ehe man *Sätze* kennt. Und zweitens hätte ich vom Autor gern gewußt: Ist das Wort *laufen*, das er als Prädikatterminus behauptet, im Satze *Das Laufen ist eine wichtige Sportart* nun Subjekt- oder Prädikatterminus? Der Leser wird selbstverständlich bei Analyse dieses Satzes feststellen, dass die Wortfolge *Das Laufen* den Gegenstand bezeichnet, von dem das Prädikat *ist eine wichtige Sportart* ausgesagt wird, daher das Subjekt des fraglichen Satzes ist. Es ist unmöglich, Subjekte und Prädikate unabhängig von Sätzen festzustellen; denn es ist absurd, Satzglieder ohne Sätze anzunehmen.

Mit Blick auf diesen Umstand schlage ich daher vor, Abschied von der Vorstellung einer „Kopula“ zu nehmen, die imaginierte Subjekt- und Prädikatwörter miteinander zu Sätzen verknüpft, und schlicht festzustellen, dass das Wort *ist* als Prädikatzeichen in Sätzen auftritt, die häufig Eigenschaften angeben wie etwa in *Die Rose ist rot*, *Fritz ist klug*, *der Satz ist wahr* etc.. Jeder weiß, dass man aus diesen Sätzen sofort die Prädikate

²⁷ H. Wessel: Logik. Berlin: Dt. Vlg. d. Wiss. 1984, S. 308

substantivieren kann (eine Leistung, die die antiken Griechen mit ihrer Sprache erreichten): Das Rotsein, das Klugsein, das Wahrsein. Diese Substantive bezeichnen alle Gegenstände für das Urteilen (z. B. *das Rotsein ist eine kräftige Farbe, das Klugsein ist erstrebenswert, das Wahrsein ist die Eigenschaft positiver Urteile*), können also als Subjekttermini im Sinne Wessels verwendet werden, sofern dafür zunächst die entsprechenden Sätze gebildet sind. An den fraglichen Substantiven erkennt man wohl ohne Schwierigkeit: Das Wort *Sein* bezeichnet offenbar die Invariante aller Eigenschaftsarten, d. h. die zugehörige *Gattung*. Somit hat das Wort *ist* in entsprechenden Prädikaten einen klaren Sinn; und wir brauchen keine Redeweise von *ist* als einer sogenannten „Kopula“. Die Eigenschaftswörter, die mit *ist* in Sätzen zu Prädikaten verbunden werden, seien – wie üblich „Prädikativa“ genannt. Obendrein sei noch ohne weitere gedankliche Exkursion notiert, dass alle Bestandteile der (deutschen) Sätze, die nicht zum Subjekt gehören, Bestandteile des Prädikats sind und, wenn sie vorhanden sind, den Prädikatsverband ausmachen. Damit ist angenommen, dass der (deutsche) Satz aus genau zwei Satzgliedern besteht, dem Subjekt S und dem Prädikat P. Verwenden wir zur technischen Unterscheidung der beiden Satzglieder voneinander noch das Zeichen /, so können wir den symbolischen Ausdruck S/P für beliebige (deutsche) Sätze einführen. Hat das Prädikat die Gestalt *ist rot, ist klug, ist wahr* etc., so ersetzen wir das Wort *ist* durch das Zeichen ε und gebrauchen für Prädikativa die Variable p, so dass die entsprechenden Sätze in der Form S/ ε p notiert werden sollen.

Um endlich zu unserer Erklärung über den Zusammenhang des dialektischen Widerspruchs mit der Logik zu kommen, müssen wir noch ein paar Überlegungen zum Gebrauch der Negation vorausschicken. Sie kommt im Allgemeinen in der Grammatik schlecht weg. Wilhelm Schmidt verweist auf Wladimir Admoni, der zu den 10 bekannten Wortklassen drei weitere hinzufügt, an erster Stelle die Negationswörter *niemand, nichts, kein, nie, nirgends, niemals, nicht, nein, keineswegs*.²⁸ Als 12. Wortklasse notiert Admoni die Modalwörter (*vielleicht, wahrscheinlich, möglich, sicher, leider* u. a.), als 13. die Partikel bzw. Füllwörter (*nur, sogar, gerade, bloß, allein, eben, auch, selbst* u. a.). Ob man die Existenz dieser Wortklassen nun annimmt oder nicht, auf jeden Fall ist klar, dass das Wort *nicht* unverzichtbarer Bestandteil der Abdikation ist: *Fritz / ist nicht dumm; dieser Mensch / ist nicht klug; dieser Satz / ist nicht wahr*. Dieses Absprechen eines Prädikats von einem Subjekt wollen wir durch die Symbolfolge S/ ε -p generell ausdrücken. Unterstellen wir nun, dass die Negation eines Prädikativs keineswegs dasselbe besagen muß wie die entsprechende Gegenprädikation, die den Gegensatz zur entsprechenden affirmativen Prädikation ausdrückt, müssen wir eine zweite Art des Negierens

²⁸ W. Schmidt: Grundfragen der deutschen Grammatik. Berlin: Volk u. Wissen 1973. S. 72. Das Werk Admonis *Der deutsche Sprachbau* erschien in der 2. Aufl. 1966 in Moskau und Leningrad.

(bzw. Entgegensetzens) symbolisch fixieren, die durch das Prädikativzeichen \bar{p} angegeben werden soll, womit die entsprechenden Gegensätze die Form $S/\varepsilon\bar{p}$ haben. Der Satz *Fritz ist klug und dumm* ist damit die Realisation der Form $S/\varepsilon(p \ \& \ \bar{p})$ ²⁹. Da jeder Satz der Form $S/\varepsilon\bar{p}$ auch in der Gestalt *Es ist nicht so, dass $S/\varepsilon p$* ausgedrückt werden kann, so dass die Negation nach außen (oder vor den Satz) rückt, können wir – auch das Zeichen der äußeren Negation nennen und $\bar{\quad}$ das Zeichen der inneren Negation.³⁰ Es versteht sich, dass Gegenprädikativa erkannt werden müssen, denn sie sind keineswegs schon durch den Wortgebrauch als innere Negationen wahrnehmbar. Für Hegels *Sein* und *Nichtsein* besteht sicher kein Erkenntnisproblem; aber schon für das Wortpaar *kontinuierlich* und *diskontinuierlich* muß man wenigstens geringe Lateinkenntnisse mitbringen, um die beiden Termini als mögliche Gegenprädikativa zu erfassen. Wenn wir gar Commissario Brunettis Scham und Freude bedenken, die er zugleich im Verhältnis zu seiner Mutter verspürte, die ihn als Kind in ein Internat zum fleißigen Lernen bringen wollte, was der Junge gar nicht goutierte und daher erfreut registrierte, dass Mutter unfähig war, das nötige Geld aufzutreiben, die Internatskosten zu tragen, so können wir auch die Scham und die Freude als mögliche Kandidaten für entgegengesetzte Prädikativa ansehen. Mit anderen Worten, die von den Pythagoreern eingeführte Gegensatzlehre eröffnet ein sehr weites Feld für die Erkenntnislehre.

Ich beschränke mich im Weiteren auf die Betrachtung allein der dialektischen Gegensätze. Ich unterstelle nicht, dass wir etwa eine vollständige Übersicht über sie hätten. Zwar hat es im vergangenen europäischen Kommunismus viele Akademie- und Universitätseinrichtungen für den dialektischen Materialismus gegeben. Aber eine ordentliche Dialektikforschung haben sie kaum betreiben können. Denn die Generalsekretäre der entsprechenden kommunistischen Parteien hatten in letzter Instanz entschieden, was z. B. unter einem „dialektischen Widerspruch“ zu verstehen wäre. Walter Ulbricht z. B. begriff

²⁹ Für den Gebrauch des Gegenprädikativs verwende ich ebenso Hilberts Negationszeichen $\bar{\quad}$ wie für das Vereinen (Konjungieren) der *Prädikativa* sein Konjunktionszeichen $\&$. Das Vereinen von *Sätzen* wird dagegen – wie üblich – durch das Zeichen \wedge ausgedrückt. Die Verschiedenheit des Vereinsens von *Sätzen* vom Vereinen von *Satzgliedern* muß der Leser unbedingt in Rechnung stellen, um die folgende Argumentation zu verstehen.

³⁰ Diese Bezeichnung geht auf Alexander A. Sinowjew zurück. Vgl. seine ‚Komplexe Logik: Grundlagen einer logischen Theorie des Wissens‘. Dt. Übers u. Edition v. H. Wessel. Berlin: Dt. Vlg. d. Wiss. 1970, S. 132–133. Meine Verwendung dieser Unterscheidung differiert etwas von der Sinowjews, weil ich seine Vorstellung der Unbestimmtheit für die Prädikation nicht teilen kann (wer nicht weiß, ob er ein Prädikat zu- oder absprechen soll, bildet gar keinen Satz, auch keine „Unbestimmtheit“, präzisiert also *nicht*). Wohl aber ist Sinowjews Unbestimmtheit formell identisch mit der Satzverbindung, die P. Lorenzen „Negatkonjunktion“ nennt (vgl. Anm. 33) Sie wird durch das Vereinen einer Prädikation mit der entsprechenden Abdikation gebildet. Ich werde im Folgenden für diese Art, Sätze zu verbinden, den Namen ‚Sejunktion‘ verwenden, der vom lateinischen *se-iungere* stammt und deutsch absondern, trennen, losbinden besagt.

seine Auseinandersetzung mit Karl Schirdewan als Beispiel einer Widerspruchslösung.³¹ Mao Tse-tung publizierte bekanntlich „Über den Widerspruch“³². Es waren genügend Texte solcher Art vorhanden, aber eine Schrift über die Natur dialektischer Gegensätze im genauen Unterschied zu anderen oder Gegensätzen aller Art kann ich leider nicht anbieten.

Wer sonst auch immer in seinem aktuellen Leben wenig mit der Dialektik anfangen kann, wird doch angesichts des Hegelschen dialektischen Satzes *Das Werden / ist das Sein und Nichtsein*³³ zustimmen können zu behaupten: Der Satz *Das Werden ist das Sein* **ist ebenso falsch** wie der Satz *Das Werden ist das Nichtsein*. Er wird damit behaupten: **Weder** *ist das Werden das Sein*, **noch** *ist das Werden das Nichtsein*. So jedoch ist Hegels Satz in eine Satzverbindung transformiert, die Paul Lorenzen – wie bereits erwähnt – „Negatkonjunktion“ nennt³⁴. Man spricht auch einfach von der „Weder ... noch“-Verbindung.

Henry Maurice Sheffer (1882–1964) sprach 1913 von der NOR-Verknüpfung (NOR als Kurzzeichen für ‚Neither ... nor‘). Mit Bezug auf den tatsächlichen Sinn dieser logischen Handlung habe ich oben den Namen *Sejunktion* vorgeschlagen. Die bekannte Symbolisierung dieser Operation durch $H_1 \downarrow H_2$ für Sätze H_1 und H_2 sei dabei von Georg Klaus übernommen.³⁵ Das Symbol \downarrow erinnert daran, dass die Sejunktion als Negation der logischen Vereinigung (Adjunktion) zu denken ist, die durch \vee symbolisiert wird. Was wir mit der angegebenen Negation der logischen Vereinigung im Zusammenhang mit

³¹ Vgl. den Brief des SED-ZK vom 1. März 1958 „Über das Studium des dialektischen Materialismus in den Grundorganisationen“. In: Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, hg. v. ZK d. SED, Bd. VII. Berlin: Dietz Vlg. 1961. Darin wird auf S. 140 dekretiert: „Der dialektische Materialismus als Weltanschauung der Arbeiterklasse ist der theoretische Leitfaden für die Politik aller kommunistischen und Arbeiterparteien.“ Damit ist jede *persönliche* Forschung ausgeschlossen, wenn sie nicht als Deutung der Äußerungen des Generalsekretärs konfirmiert werden. Schirdewans Reflexionen zu seiner Erfahrung des Widerspruchs mit Ulbricht kann man nachlesen in seiner Autobiographie: Ein Jahrhundert Leben. Erinnerungen und Visionen. Berlin: edition ost 1998. Wenn aber der Parteivorsitzende sich selbst höchst individuell über den Widerspruch äußert, so ist der Rahmen einer möglichen Widerspruchslehre für den zur regierenden kommunistischen Partei gehörenden Philosophen vorgegeben, also sein Ausflug in dem Vorsitzenden unbekannte Bereiche des Denkens fast nur konspirativ möglich.

³² Die dt. Übersetzung erschien in Berlin: Dietz Vlg. 1954. Nach dem kommunistischen Zusammenbruch ist die Rezeptionslage natürlich ganz anders. Mit Maos Sicht z. B. läßt sich nunmehr Slavoj Žižek ein. Vgl. seine Schrift „Die bösen Geister des himmlischen Bereichs. Der linke Kampf um das 21. Jahrhundert“. Frankfurt a. M.: Fischer 2013, S. 111ff..

³³ Ich verzichte auf die Hegelsche Notation „die Einheit“, die ich ja als Resultat des Einens verstehe, also als Produkt der Handlung, die mit & symbolisch bezeichnet wird und durch die Konjunktion *und* umgangssprachlich ausgedrückt wird. So besagt der formulierte Satz genau dasselbe wie Hegels Originalsatz. Shakespeares Hamlet kennt zwar nicht Hegels Konjunktion, aber die Adjunktion „Sein oder Nichtsein – das ist hier die Frage, die im englischen Original allerdings „to be or not to be“ lautet (A. W. v. Schlegel hat des Dichters verbale Äußerung substantiviert, vgl. William Shakespeare’s sämtliche Dramatische Werke. Zweiter Bd., Leipzig: Reclam o. J., S.43.)

³⁴ P. Lorenzen: Formale Logik, 3. durchges. u. erw. Aufl., Berlin: de Gruyter 1967, S. 45

³⁵ Vgl. G. Klaus: Einführung in die formale Logik, Berlin: Dt. Vlg. d. Wiss. 1958, S. 102. In der Aufl. von 1964 mit dem Titel ‚Moderne Logik‘ findet sich dieselbe Feststellung auf S. 98.

Hegels Einführungsurteil in seine Kategorienlehre gewinnen, ist die Feststellung, dass die dialektischen Gegensätze des Seins und Nichtseins zwar unterscheidbar, aber nicht trennbar sind. Obendrein ist völlig klar, dass damit eine Deutung des Hegelschen Urteils als Ausdruck eines logischen Widerspruchs ausgeschlossen ist. Kann man die dialektischen Gegensätze nicht trennen, kann man auch keine logische Konjunktion der für die logische Behauptung gerade getrennt voraus zu setzenden entgegengesetzten Urteile, also keinen logischen Widerspruch bilden. Damit ist die 1956 von Ajdukiewicz in Gang gesetzte Diskussion entschieden. Denn es versteht sich, dass Engels' dialektische Beschreibung der Ortsveränderung als Sein und Nichtsein an einem Orte der gleichen Argumentation unterliegt wie Hegels Urteil über das Werden.

Wir können unsere Feststellung in allgemeiner Form angeben: Ist eine Paradoxie von der Form $S/\varepsilon(p \ \& \ \bar{p})$ die Behauptung eines dialektischen Widerspruchs, so gilt auch die Sejunktion $S/\varepsilon p \ \downarrow \ S/\varepsilon \bar{p}$ mit den dialektische Gegensätze ausdrückenden Gegenprädikativa p und \bar{p} . Das Subjekt S in solchen Paradoxien muß eine Bewegungsbezeichnung sein (wie es die Wörter *Werden*, *Ortsveränderung* etc. sind). Mit dieser Feststellung ist über dialektische Gegensätze gesagt, dass sie als Bewegungseigenschaften auftreten. Ein Ding hat keine dialektisch entgegengesetzten Eigenschaften, sofern es als unbewegter Eigenschaftsträger gedacht wird. So zu *denken*, ist bei allen Dingen nötig, die wir insgesamt oder in Teilen reparieren, also in der bestehenden Beschaffenheit *erhalten* wollen. Es versteht sich, dass solche Intention gegenüber allen produzierten Arbeitsmitteln realisiert wird. Dinge, die uns diese undialektische Freude nicht machen, sondern den Weg allen Fleisches gehen, wandern auf den Müll oder in eine Altmaterialsammlung zur Konstitution von Rohstoffen für neue Konsumtions- oder Arbeitsmittel. Es muß schließlich noch ausdrücklich festgestellt werden, dass die Frage, ob Gegenprädikativa als Zeichen dialektischer Gegensätze begriffen werden können, nicht a priori zu beantworten ist, sondern philosophische Forschung erfordert.

Mich hatte einst mein Institutsdirektor Manfred Buhr in einem sehr privaten Gespräch aufgefordert, ja nicht auf die Idee zu kommen, Hegel und Frege zusammenzubringen. Ich muß heute gestehen, diese Idee jedenfalls zur Zeit des Gesprächs (Ende der siebziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts) gar nicht im Kopf gehabt zu haben. Zur Ehre von Manfred Buhr muss ich notieren, dass er meine Tendenz zu denken eher wahrgenommen hat als ich selbst. Denn was mit dem Übergang vom Widerspruchsurteil Hegels zur Sejunktion der Behauptungen über das Sein einerseits und das Nichtsein andererseits pas-

siert ist, das ist ja gerade der Eintritt in das von Gottlob Frege begründete Reich der sogenannten Aussagenlogik.³⁶ Denn indem wir vom „erste[n] konkrete[n] Gedanke[n]“³⁷ zur logischen Sejunktion *Weder ist das Werden das Sein noch ist das Werden das Nichtsein* übergehen, gelangen wir natürlich in die Urteilslogik Freges und haben nach Sheffer außerdem die Möglichkeit, alle übrigen logischen Urteilsverbindungen zu definieren.³⁸

G. Klaus hat diese Möglichkeit Mitte der fünfziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts seinen Lesern und natürlich Studenten vorgestellt. Ich reproduziere seine Definitionen³⁹:

Die Negation	$\neg H =_{df} H \downarrow H$. ⁴⁰
Die Konjunktion	$H_1 \wedge H_2 =_{df} (H_1 \downarrow H_1) \downarrow (H_2 \downarrow H_2)$.
Die Adjunktion	$H_1 \vee H_2 =_{df} (H_1 \downarrow H_2) \downarrow (H_1 \downarrow H_2)$.
Die Subjunktion	$H_1 \rightarrow H_2 =_{df} [(H_1 \downarrow H_1) \downarrow H_2] \downarrow [(H_1 \downarrow H_1) \downarrow H_2]$

Um alle Verbindungsarten zu präsentieren, sei Klaus' Angabe komplettiert:

Die Injunktion	$H_1 \leftarrow H_2 =_{df} [(H_2 \downarrow H_2) \downarrow H_1] \downarrow [(H_2 \downarrow H_2) \downarrow H_1]$. ⁴¹
Die Disjunktion	$H_1 \uparrow H_2 =_{df} [(H_1 \downarrow H_1) \downarrow (H_2 \downarrow H_2)] \downarrow [(H_1 \downarrow H_1) \downarrow (H_2 \downarrow H_2)]$. ⁴²
Die Abjunktion	$H_1 \neg H_2 =_{df} (H_1 \downarrow H_1) \downarrow [(H_2 \downarrow H_2) \downarrow (H_2 \downarrow H_2)]$. ⁴³

³⁶ Vgl. G. Frege: *Schriften zur Logik*. Aus dem Nachlaß. Hg. v. G. Gabriel. Mit einer Einltg. v. L. Kreiser, Berlin: Akademie-Vlg. 1973. Der hier entscheidende Satz lautet: „Im Gegensatz zu Boole gehe ich von den Urteilen und deren Inhalten statt von den Begriffen aus. [...] Das Bilden der Begriffe lasse ich erst aus den Urteilen hervorgehen“ (a. a. O., S. 182). Ich wünschte mir, dass in der Gegenwart, in der das Nennen von Wörtern für das Angeben von Begriffen gehalten wird, Freges Auffassung vom Begreifen als Vorgang der Begriffsbildung wieder erfaßt wird. Das Benennen einer Sache ist sicher die Voraussetzung dafür, die Sache zu begreifen; aber eben darum sind Namen auch keine Begriffe. – R. Carnap sieht die Sätze als Objekte der symbolischen Logik und spricht daher von der *Satzlogik*. D. Hilbert und W. Ackermann sowie die polnischen Logiker sprechen häufig von der *Aussagenlogik*, so auch G. Klaus. Angesichts der grammatischen Unterscheidung der Satzglieder als *Satzgegenstand* (Subjekt) und *Satzaussage* (Prädikat) vom Satz und vom Urteil (d. i. der bewertete Satz) sollte Freges Sprachgebrauch angenommen werden. Dann ist die ‚Aussagenlogik‘ die Logik der Urteilsverbindungen.

³⁷ So Hegel in der ‚Enzyklopädie der philosophischen Wissenschaften im Grundrisse (1830). Erster Teil. Die Wissenschaft der Logik. Mit mündlichen Zusätzen. Frankfurt a. M.: Suhrkamp Vlg. 1970, S. 192

³⁸ Neben der Negation handelt es sich um genau 10 zweistellige Operationen, für die die Logik anzugeben hat, welche Urteilsverbindungen bei allen beliebigen Belegungen der Satzvariablen wahr sind. Die Logik liefert damit ein Reich absoluter Wahrheit, das dringend zur Kenntnisnahme derjenigen empfohlen wird, die nach der Kommunismus-Erfahrung nur noch relative und subjektive Wahrheiten sehen zu können meinen.

³⁹ Vgl. G. Klaus: *Einführung in die formale Logik*, S. 102. Klaus benutzte z. T. andere Namen und Zeichen, was aber sicher keine Schwierigkeit für das Verständnis des Lesers bedeutet.

⁴⁰ Es handelt sich hier um die logische Negation von Urteilen.

⁴¹ Lorenzen nennt die Injunktion auch „konverse Subjunktion“ (a. a. O., S. 48–49).-

⁴² Dies ist die sprachliche Bindungshandlung, die wir durch „entweder – oder“ angeben. Lorenzen nennt sie „Negatadjunktion“. Die Bezeichnung *Disjunktion* stammt vom lateinischen *dis-iungere*, deutsch mit abspannen, unterscheiden oder entschließen zu übersetzen.

⁴³ Lorenzen nennt diese Operation „Subtraktion“, d. i. die aus der Arithmetik passende Bezeichnung (a. a. O.). Meine Bezeichnung ist wieder eine Übernahme aus dem Lateinischen: *ab-iungere* – losschirren, trennen, ausschließen mit der Sprachversion: „H₁, aber nicht H₂“.

Die Dejunktion $H_1 \dashv H_2 =_{df} (H_2 \downarrow H_2) \downarrow [(H_1 \downarrow H_1) \downarrow (H_1 \downarrow H_1)]$.⁴⁴

Die Interjunktion $H_1 \leftrightarrow H_2 =_{df} \{(H_1 \downarrow H_1) \downarrow [(H_2 \downarrow H_2) \downarrow (H_2 \downarrow H_2)]\} \downarrow \{(H_2 \downarrow H_2) \downarrow [(H_1 \downarrow H_1) \downarrow (H_1 \downarrow H_1)]\}$.⁴⁵

Alle satzlogischen Operationen können also mittels der Sejunktion definiert werden, die ihrerseits mit dem Satz von der Untrennbarkeit dialektischer Gegensätze eingeführt wird. Einen einleuchtenderen Zusammenhang der Dialektik mit der Logik habe ich bisher nicht erkennen können. Mit der Subjunktion $S/\varepsilon(p \ \& \ \bar{p}) \rightarrow S/\varepsilon p \downarrow S/\varepsilon \bar{p}$ für dialektische Gegeneigenschaften p und \bar{p} ist gesagt, dass der dialektische Widerspruch die hinreichende Bedingung für die Behauptung der logischen Sejunktion der getrennten Behauptungen der entsprechenden Gegensätze ist, während diese Behauptung ihrerseits die notwendige Bedingung für die Annahme des dialektischen Widerspruchs ist. Mit dieser Voraussetzung darf man getrost weitere Forschungen in Sachen Dialektik versuchen.

Dass nicht alle Gegeneigenschaften (man spricht mit Bezug auf sie auch einfach von „Gegensätzen“, was in unserem Zusammenhang aber zur Verwirrung führen kann, weil ausdrücklich Sätze als Gegenstände logischen Operierens unterstellt sind) auch dialektische Gegenbestimmungen sind, kann man sofort mit der Wahl der semantischen Prädikativa *wahr* und *falsch* erkennen. Nehmen wir noch zusätzlich den Zweiwertigkeitssatz *ein Satz ist entweder wahr oder falsch* an, so behaupten wir formell die Disjunktion $S/\varepsilon p \uparrow S/\varepsilon \bar{p}$, die inhaltlich zutrifft, wenn wir p durch *wahr* ersetzen und \bar{p} durch *falsch*. Diese logische Verbindung ist mit der Behauptung $\neg(S/\varepsilon p \wedge S/\varepsilon \bar{p})$ äquivalent, die wir als gewöhnliche Gestalt des logischen Widerspruchs kennen. Während wir also den paradoxen Satz *das Werden ist das Sein und Nichtsein* akzeptieren, müssen wir den paradoxen Satz *das Urteil ist wahr und falsch* ausschließen (was gerade Sinn der Zweiwertigkeitsannahme ist). An dieser Gegenüberstellung ist wohl zu erkennen, dass die von den Pythagoreern eingeführte Gegensatzlehre, die für die Dialektik so wichtig ist, nicht als formelles Unternehmen betrieben werden kann, sondern stets inhaltliche Analysen voraussetzt.

⁴⁴ Lorenzen nennt diese Verbindungsart „konverse Subtraktion“ (a. a. O.). Meine Bezeichnung stammt – wie üblich – aus dem Lateinischen: *de-iungere* – abspannen, abschließen; umgangssprachlich ausgedrückt durch „nicht H_1 , aber H_2 “.

⁴⁵ Diese Operation nennt Lorenzen „Bisubjunktion“. Meine Benennung folgt wieder dem Sinn des lateinischen *inter-iungere*, d. h. *untereinander verbinden*, *wechselseitig einschließen* oder *ein- und zuschließen*, umgangssprachlich wiedergegeben durch „... genau dann, wenn...“. – Die letzte Operation ist die Kontrajunktion, deren Namen ich – nach der Mitteilung eines guten Freundes – aus dem Italienischen mit dem Wort *contr’aggiungere*, d. i. das wechselseitige Ausschließen, entnehme. Die symbolische Darstellung paßt nicht mehr auf eine Zeile (wie schon im Fall der Interjunktion). Aber der Leser erkennt, dass die Sejunktion nur auf die Interjunktion angewandt werden muß, um gerade deren logisches Gegenteil herzustellen: *H_1 genau dann nicht, wenn H_2* , symbolisch notiert durch $H_1 \dashv H_2$. Diese Operation kann natürlich umgangssprachlich auch durch „ *H_1 , aber nicht H_2 oder nicht H_1 , aber H_2* “ ausgedrückt werden. Lorenzen nennt diese Handlung „Bisubtraktion“ (a. a. O.). Man kann auch vom *aus- oder wegschließen* sprechen.

Die Arbeit und der ökonomische Wert

In der Festschrift zu meinem 80. Geburtstag hat Peter Fleißner eine Auseinandersetzung mit meinen zwischen 1980 und 1995 erschienenen Arbeiten zu ökonomischen Fragen vorgestellt, zu der ich mich umgehend äußern will.⁴⁶ Sie enthält einen bunten Strauß von Argumenten, den ich nicht entgegennehmen kann, ohne zugleich einzelne Blüten zu zerpfücken.

Das beginnt mit der Feststellung, dass man physikalische Gleichungen mittels Division durch die zugehörigen Maßeinheiten dimensionslos machen könne. Fleißner gibt als Beispiel solcher heroischen Leistung den Übergang von der Formel $E_{\text{kin}} = m \cdot \frac{v^2}{2}$ für die kinetische Energie in der klassischen Mechanik zur arithmetischen Formel $\frac{1}{2} = \frac{1}{2}$.⁴⁷ Die Bedingung dieser intellektuellen Bruchlandung ist die Voraussetzung, dass man Dimensionen, d. h. Qualitäten von Gleichheitsbeziehungen empirischer Wissenschaften „dividieren“, d. h. wie Zahlen behandeln kann.

Was besagt der Satz von der Identität der rationalen Zahl $\frac{1}{2}$ physikalisch? Rein nichts! Wenn ich Dimensionen mittels mathematischer Operationen beseitige, so unterstelle ich absurderweise, dass die Gegenstände meiner so verwendeten Handlungsarten *mathematische* Objekte sein müssen, obwohl sie per Voraussetzung genau *nicht* mathematisch, sondern eben physikalische (oder ökonomische) Objekte sind. Peter Fleißner hätte sich fragen müssen, was die „dividieren“ genannte Operation mit Bezug auf die Länge [l] und die Dauer [t] eigentlich heißen soll? Kann man eine Länge durch eine Zeit teilen? Die alten Griechen konnten das nicht – und zwar aus wohl erwogenen logischen Gründen (sie kannten daher auch nur eine Axiomatik der Geometrie und keine Kinematik!). Was wir in der Physik mit automatischer Übernahme der Mathematiksprache *Division* nennen, ist eine völlig andere Handlungsart als die eben so genannte, die wir auf Zahlen anwenden. Man kann die physikalische Operation vielleicht *Verhältnissbildung* nennen. Die Definition der Geschwindigkeit führt in der Tat das Verhältnis der Länge zur Dauer [l : t] als Definiens an. Eine Teilung jedenfalls des Raumes durch die Zeit findet

⁴⁶ Vgl. P. K. Fleißner: Anwendungsprobleme der Marxschen Werttheorie. In: *Dialektik – Arbeit – Gesellschaft*. Festschrift für Peter Ruben. Hg. v. E. Crome u. U. Tietz. Potsdam: WeltTrends 2013, S.150–168. Leider hat Fleißner meine Darstellung aus dem Jahre 1998 nicht wahrgenommen, die unter dem Titel *Was bleibt von Marx' ökonomischer Theorie?* erschienen ist. Vgl. C. Warnke u. G. Huber (Hg.): *Die ökonomische Theorie von Marx – was bleibt? Reflexionen nach dem Ende des europäischen Kommunismus*. Marburg: Metropolis-Vlg. 1998, S. 13–66. Online unter: <http://www.peter-ruben.de>

⁴⁷ Fleißner a. a. O., S. 153

nicht statt. Die Bildung eines Verhältnisses zwischen Kopien derselben Maßeinheit [m] : [m] sollte nach der Darstellung von W. Reichardt als Definiens für den Begriff der Dimension [1], auch *Einsdimension* genannt, verstanden werden: $[1] \stackrel{\text{def.}}{=} [m] : [m]$.⁴⁸

Dann erklärt Peter Fleißner weiter über die „Dimension der Arbeitszeit“, dass sie zwar „quantitativ und äußerlich wie die physikalische Zeit mit der Uhr gemessen werden“ kann, „aber inhaltlich davon wesentlich verschieden“ sei.⁴⁹ Worin besteht nach Fleißner die wesentliche Verschiedenheit? „Eine Stunde menschliche Arbeitszeit ... ist ein Zeitabschnitt von einer (physikalischen) Stunde, in dem spezifische menschliche Fähigkeiten und Fertigkeiten angewendet werden“.⁵⁰ Ich bin verblüfft, dass der Autor den wunderbar tautologischen Charakter seiner Erklärung der wesentlichen Verschiedenheit gar nicht bemerkt. Eine Stunde ist auch eine physikalische Stunde! Und menschliche Arbeit ist eben die Anwendung spezifisch menschlicher Fähigkeiten und Fertigkeiten. Also besagt sein Satz dasselbe wie eine Stunde menschlicher Arbeitszeit ist – eine Stunde menschlicher Arbeitszeit.

Gegen Fleißners Deutung meiner Annäherung an das Dimensionsproblem muß ich nun einfache Korrekturen angeben. Die Frage nach den Dimensionen ist natürlich Moment der Frage nach der Messung. Dass die Physik eine messende Wissenschaft ist, weiß jeder. Dass die Ökonomie eine messende Wissenschaft werden sollte, ist meine Intention.⁵¹ Im 4. Kapitel der *Allgemeinen Theorie* Keynes' kann Peter Fleißner die Feststellung finden: „Dass die Einheiten, auf deren Grundlage die Ökonomen gewöhnlich arbeiten, unbefriedigend sind, kann durch die Begriffe ‚Nationalprodukt, Bestand an Realkapital und Allgemeines Preisniveau‘ veranschaulicht werden:

1. Das Nationalprodukt, wie es von Marshall und Prof. Pigou definiert wird, mißt... nicht den Wert der Produktion oder das Geldeinkommen.“⁵² Keynes ist sich also 1936 des Meßproblems völlig bewußt und sagt dann: „Ich glaube, dass viel unnötige Verwirrung vermieden werden kann, wenn wir uns in bezug auf das Verhalten der wirtschaftlichen Ordnung als Ganzes streng an die zwei Einheiten ‚Geld und Arbeit‘ halten...“⁵³ Neben diesen beiden „Einheiten“ denkt Keynes noch an die Messung der „Änderungen

⁴⁸ Vgl. W. Reichardt: Gleichungen in Naturwissenschaft und Technik. Größen und Einheiten richtig angewandt. Leipzig: Fachbuchvlg. 1983, S. 22–32.

⁴⁹ Ebd., S. 154

⁵⁰ Ebd.

⁵¹ Bisher ist die Ökonomie eine rechnende Wissenschaft, die sogenannte „Modelle“ produziert, von denen sie nicht weiß, dass es sich um theoretische Hypothesen handelt, deren Modellbelegung in Wahrheit höchst zweifelhaft ist. Man kann sogar damit rechnen, dass die realen Zahlen der Mathematik dem staunenden Publikum als Preise suggeriert werden.

⁵² Vgl. J. M. Keynes: Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes. Dt. Übers. v. F. Waeger. 6. Aufl., Berlin: Duncker & Humblot 1983, S. 33

⁵³ Ebd., S. 38

in der laufenden Produktion ... durch Bezug auf die Zahl der auf die bestehende Kapitalausrüstung angewandten bezahlten Arbeitsstunden...“⁵⁴ So haben wir also 3 ökonomische Qualitäten, Geld, Arbeit und Arbeitszeit avisiert. Aber eine Definition oder Präsentation wirklicher Messungsarten finden wir nicht.

Die nächste wichtige Artikulation des Bewußtseins ökonomischer Messung fand ich in der 1970 publizierte Arbeit A. Bródys, der erklärte: „Die Größe der aufgewandten Arbeit $[A \cdot t]$ bildet den Wert. Daraus folgt, dass $[A] = [v \cdot t^{-1}]$ gilt, Arbeit die Dimension eines Wertstroms hat.“⁵⁵ Hiermit sind drei ökonomische Maß- bzw. Größenarten in einer echten ökonomischen Größengleichung angegeben. Diese Bródysche Erklärung nehme ich vollständig an und halte sie für die Bestimmung des Arbeitswerts auch im Sinne von Marx.⁵⁶

Im selben Forschungszusammenhang fand ich in den 80er Jahren Schumpeters Anmerkung, dass man unter dem Wert das Produkt „Preis mal Menge“ verstehen könne.⁵⁷ Fleißner läßt „Ruben ... den Händler ... sagen ...: ‚Wert gleich Preis mal Menge‘“⁵⁸ Später findet er, dass ich, „um meine Aussage glaubwürdiger zu machen“, Schumpeter zitiere. Ich muss allerdings sagen, dass mein Problem nicht das der Glaubwürdigkeit war, sondern die Frage: Meint das Wort *Menge* in dieser Gleichung ein echtes Maß bzw. eine echte ökonomische Größe oder einfach eine rationale Zahl? Ist letzteres der Fall, meint das Wort *Wert* in dieser Gleichung dasselbe wie das Wort *Preis*, so dass eines das andere ersetzen kann. Meint *Menge* aber eine echte ökonomische Maßart, so bedeuten auch die Wörter *Wert* und *Preis* jeweils verschiedene Inhalte. Nehmen wir einmal wieder für das Wort *Wert* das Zeichen v , für das Wort *Preis* das Zeichen p und für das Wort *Menge* das

⁵⁴ Ebd., S. 39

⁵⁵ A. Bródy: Proportions, Prices, Planning. Budapest 1970, S. 97. In meiner Übersetzung habe ich das Zeichen A für das Wort *Arbeit* und das Zeichen v für das Wort *Wert* (lat. *valor*) gewählt. Das noch zu lösende Problem besteht in der Frage: Müssen wir, wenn wir alles Einkommen aus Arbeit entstehen sehen, nicht das Einkommen positiv und die Arbeit negativ (nämlich als Aufwand) determinieren; beide Maßarten sind ja gleiche Verhältnisse (von Werten zu Dauern).

⁵⁶ Marx bezieht sich mit seiner Vorstellung vom Arbeitswert natürlich auf die klassische englische Nationalökonomie. Nach der Angabe Bródys ist das Maß einer Arbeit durch die Verhältnissgröße $x \in : y h$ gegeben (der Euro kann durch jede andere konvertible Währungseinheit ersetzt werden, h steht für Stunde).

⁵⁷ J. Schumpeter: Konjunkturzyklen. Erster Bd., Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1961, S. 24, Anm.

⁵⁸ Fleißner a. a. O., S. 154. Ich habe in der Tat in meinem Artikel *Produktivkraft und Produktivität in ökonomischen Maßarten* in: DZfPh 36(1988)3, S. 241–250, die Kenntnis jedes Händlers bemüht, den ökonomischen Wert durch das Produkt Preis mal Menge definieren zu können, ohne dabei auf Schumpeter hinzuweisen, der genau diese Fixierung im ersten Band seiner *Konjunkturzyklen* auf S. 24 der deutschen Ausgabe anmerkt. Seither ist mehr als ein Viertel Jahrhundert vergangen. Und ich weiß nicht mehr ganz genau, warum ich den Hinweis auf Schumpeter in diesem Zusammenhang unterlassen habe. Jedenfalls habe ich die Händlerkenntnis vom Definiens des Werts von Schumpeter dankbar in der Erkenntnis aufgenommen, dass der Arbeitswert der klassischen englischen Nationalökonomie und Marxens mit dem Wert der subjektiven Wertlehre der Wiener Schule völlig übereinstimmt. Und dies hätte damals zu einer nicht publizierbaren Erörterung geführt. Wien hat seine Sektorengrenzen 1955 verabschiedet, Berlin erst 1989. Kann dieser Hinweis als Entschuldigung angenommen werden?

Zeichen N , so wird der umgangssprachliche Satz *der Wert ist der Einheit des Preises mit der Menge gleich* durch die Gleichung $v = p \cdot N$ wiedergegeben.

Natürlich begeben mich mit dieser Feststellung, wie Fleißner sagt, „auf das Niveau der Grenznutzenschule“⁵⁹. Aber mein Besuch dieser Schule hat die von mir angenommene Bestimmung ergeben, dass das Wort *Menge* keine Zahlenangabe ist, sondern mit dieser Bezeichnung das meint, was Marx *Gebrauchswert* nennt (nach dem englischen Vorbild *value in use*) – und zwar als bestimmte Menge von Gebrauchswerteinheiten gewisser Art, daher mit N_i bezeichnet (3 Traktoren sind sicher von 5 Gänsen zu unterscheiden). Die Wiener Schule verwendet den Terminus *Nutzen*, den natürlich auch Marx verwendet. Die sprachliche Crux besteht in diesem Zusammenhang nur darin, dass das alltägliche Vergleichen „von Kosten und Nutzen“ mit der Maßart N_i nichts zu tun hat, weil mit diesem Vergleich auszugebende Geldmengen gegen einzunehmende Geldmengen gehalten werden. Meine Maßart N_i wird durch die Entscheidung des Käufers im Austauschvorgang determiniert, die angebotene Ware für sich als nützlich anzusehen und daher zu kaufen. Ich will hier nicht analysieren, ob die Grenznutzenschule genau das mit ihrer Verwendung des Wortes *Nutzen* meint. Sie hätte denn feststellen müssen, dass der Begriff des Preises durch die Definition $p_i =_{\text{df}} v : N_i$ bestimmt wird. Darin wird der Wert v durch Geldmengen gemessen, so dass Geldeinheiten und Gebrauchswerteinheiten *im Verhältnis zueinander* genau das darstellen, was wir im gewöhnlichen Leben *Preise* nennen. Ob Vertreter der Grenznutzenschule diese Deutung als die ihre betrachten, ist mir recht gleichgültig.

Meine Buhlschaft mit der Wiener Schule geht noch weiter. Ich habe nämlich angenommen, dass es in der Ökonomie als messender Wissenschaft nur einen einzigen Wert geben kann. Der wird immer durch Geld dargestellt (wobei die verschiedenen Geldarten bei konvertiblen Währungen immer in einander umgerechnet werden können, was natürlich zu bezweifeln nahelegt, ob nicht konvertibles Geld – wie die DDR-Mark – noch ordentliches Geld, d. h. Wertmesser ist). Daraus folgt selbstverständlich, dass Bródys Arbeitswert mit Schumpeters Nutzenwert identisch ist, der Streit zwischen Vertretern der Arbeitswertlehre und der subjektiven Nutzenwertlehre völlig überflüssig ist. Der Bedarf induziert die Produktion. Dagegen ist gar nichts zu sagen. Und die Produktion wird durch Arbeit realisiert. Also verwirklichen wir mit Arbeit den Wertstrom, der durch das Bedürfnis der Konsumenten provoziert wird. Daher gilt nach meiner Auffassung die ökonomische Maßartengleichung $p_i \cdot N_i = v = A \cdot t$. Das ist natürlich keine Elimination der menschlichen Arbeit aus dem Wertzusammenhang, wie sich Fleißner suggeriert.⁶⁰ Ich zitiere auch nicht Marx „als Autorität“, sondern weil der Stammvater des Marxismus sich

⁵⁹ Ebd., S. 155

⁶⁰ Fleißner a. a. O., S. 155

den Transport als Industrie vorstellt, von der er sagt, dass sie, die „Transportindustrie ... die Ortsveränderung selbst“ verkauft.⁶¹ Und weiter heißt es: „... der Gebrauchswert von Dingen verwirklicht sich in ihrer Konsumtion, und ihre Konsumtion mag ihre Ortsveränderung nötig machen, also den zusätzlichen Produktionsprozeß der Transportindustrie. Das in dieser angelegte produktive Kapital setzt also den transportierten Produkten Wert zu, ...“⁶²

Der „Produktionsprozeß der Transportindustrie“ liefert natürlich als Maßstab die im Transport zurückgelegte Wegstrecke (selbstverständlich auch die Arbeitskraft des beteiligten Transporteurs sowie die Kosten des Transportmittels). Es ist kein Grund zu erkennen, sie nicht als spezielle Gebrauchswertart zu denken.⁶³ Obendrein reicht die Autorität von Marx nicht hin, die „Transportindustrie“ unabhängig vom wirklichen Handel bzw. Austausch zu denken, um die „Kosten der Zirkulation ... nicht notwendig eingeschlossen z. B. in dem Übergang von Produkt zu Geld“ zu denken⁶⁴. So nämlich wird der wirkliche Austausch im Interesse der Produktionslehre auf die Preisverhandlung, das Feilschen, reduziert, um einen guten Gegenstand für das moralische Verdikt des Schachers zu gewinnen. Und auf diese Sicht des Austauschs verzichte ich (von der Geschichte des phönizischen Handels, der das Mittelmeer an seinem Westende mit der Gründung von Cadix 1128 v. d. Z. geöffnet hat, über die Geschichte der deutschen Hanse bis zu den modernen Containertransportern, die für Handelshäuser die Weltmeere kreuzen, kann man, wenn man will, wahrnehmen, was der gesellschaftliche Austausch wirklich bedeutet).

Peter Fleißner fragt sich, ob ich nicht „Physikalismus“ vorstelle. Wenn Physikalismus darin besteht, die Physik als Original einer messenden, empirischen Wissenschaft zu unterstellen, die man bei der Konstituierung einer wirklich messenden Ökonomie zu Rate ziehen sollte (nach Galileis Devise, alles meßbar zu machen, was zu messen ist), bekenne ich gern meinen Physikalismus. Er besteht aber nicht darin, den ökonomischen Arbeitskraftbegriff mit dem mechanischen Kraftbegriff zu verwechseln. Ich habe einst einen Hucker zur Demonstration der Verwandtschaft der mechanischen Arbeit mit der ökonomischen präsentiert, da ich ihn noch aus meinen Erfahrungen als Bauarbeiter kannte. Aber mir war auch damals schon klar, dass der Transport von Steinen parallel zur Erdoberfläche keine mechanische Arbeit ist. Daher habe ich 1988 vorgeschlagen, die in der DDR wohlbekannte Vollbeschäftigteneinheit (VbE) als Maßeinheit der Arbeitskraft

⁶¹ K. Marx: Das Kapital. Zweiter Bd., in MEW 24, S. 60

⁶² Ebd., S. 151

⁶³ Dass ich „die Transportarbeit als dimensionsgebend für die menschliche Arbeit insgesamt“ heranziehe, wie Fleißner a. a. O. schreibt, ist einfach Unfug; der Gebrauch der Indizes hätte ihn abhalten können, dergleichen zu erzählen.

⁶⁴ K. Marx: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie. In. MEW 24, S. 430

festzulegen.⁶⁵ Das wird heute in den Betrieben nicht anders gehandhabt (wenn z. B. von „Halbtagskräften“ die Rede ist, ist in meinem Sinne von 0,5 VbE die Rede). Und dass der Preis als Funktion der Arbeitskraft und der Produktionsdauer gedacht wird, ist natürlich eine logische Folge der Preisdefinition. Was ist an der Einheit $VbE \cdot \text{Stunden}$ physikalisch? Wieso mir Fleißner den Preis als Produkt „von mechanischer Kraft und Zeit“ (S. 156) andichtet, ist mir unerfindlich.

Es scheint übrigens viele Mißverständnisse in der Rezeption meiner Arbeiten durch Peter Fleißner zu geben. Er spricht z. B. angesichts meiner von Schumpeter übernommenen Wertformel $v = p \cdot N$ vom „Tauschwert“, der angeblich durch v bezeichnet sei. Das Wort *Tauschwert* hat Marx natürlich vom englischen Terminus *value in exchange* übernommen, dessen Inhalt keineswegs mit dem des Wortes *Wert* identisch ist. Und Marx erklärt: „Der Tauschwert erscheint zunächst als das quantitative Verhältnis, die Proportion, worin sich Gebrauchswerte einer Art gegen Gebrauchswerte anderer Art austauschen, ...“⁶⁶ Dies heißt klarerweise, dass Marx das Verhältnis $N_i : N_j$ als Tauschwert auffaßt.⁶⁷ Ich halte das für völlig richtig, weil die Voraussetzung dieser Proportion die Bedingung für die Annahme der Äquivalenz im Tauschvorgang ist. Die Vorstellung derselben durch den Ausdruck $x \text{ Ware A} = y \text{ Ware B}$ ist einfach kontradiktorisch, weil *A* und *B* ja voraussetzungsgemäß verschieden sein sollen.⁶⁸ Wenn ich aber sage:

$$x \text{ Ware A} = (x \text{ Ware A} : y \text{ Ware B}) \cdot y \text{ Ware B} ,$$

ist die so formulierte „einzelne Wertform“ völlig korrekt – und wir haben in der Klammer genau den Tauschwert, den Marx als Verhältnis verschiedener Gebrauchswertarten auch angegeben hat. Die Schwierigkeit, dies so zu sehen, liegt einzig und allein in dem Problem, ein *Verhältnis* in der Ökonomie als *Maßart* zu denken. Da Ökonomen aber gewiß doch, wenn sie mit ihrem Auto fahren, Geschwindigkeiten (die doch Verhältnisse von

⁶⁵ Vgl. P. Ruben: Produktivkraft und Produktivität in ökonomischen Maßarten. In: DZfPh 36(1988)3, S. 245. Man kann natürlich auch einfach von „Arbeitskräften“ oder kurz „Kräften“ reden mit der Vereinbarung, dass 1 Arbeitskraft die per Arbeitsvertrag vereinbarte volle Leistung erbringt (sonst halbtags oder anders verkürzt tätig ist).

⁶⁶ K. Marx: Das Kapital. Erster Bd., in MEW 23, S. 85

⁶⁷ Vgl. meine Deutung in: Was bleibt von Marx' ökonomischer Theorie? A. a. O., S. 33–38

⁶⁸ Marx verwendet allerdings für den Gleichheitsausdruck zum Verständnis auch den Satz *20 Ellen Leinwand sind 1 Rock wert* (Kapital I, MEW 23, S. 63), der nicht analytisch, sondern prädikativ ist. Damit ist das Wertsein als die Eigenschaft ausgesagt, die der Rock voraussetzungsgemäß hat und die relativ zu ihm auch die 20 Ellen Leinwand haben. Mit dieser Prädikation ist verständlich, dass das grammatische *Subjekt* des Satzes die *relative* Wertform im Marxschen Sinne bezeichnet, das grammatische *Objekt* (im Prädikatverband eingegliedert) dagegen die *Äquivalentform*. Gegen diese Auffassung ist mein Einwand gegen die kontradiktorische Formulierung der vorhergehenden Gleichung (im Gebrauch des Gleichheitszeichens erklärt) natürlich nicht gerichtet. Vgl. auch meine Darstellung in *Philosophie und Mathematik* (1979). Online unter: <http://www.peter-ruben.de> Zur aktuellen Debatte der Wertformanalyse vgl. z.B. auch:

http://www.thur.de/philo/notizen/Wertform_Zusammenfassung.pdf.

Längen zu Dauern sind) feststellen, sollte es – mit Blick auf die Mechanik – möglich sein, auch Marxens Tauschwert als Verhältnisgröße zu denken.

Der Übergang vom Marxschen Tauschwert als Verhältnis von Mengen verschiedenartiger Gebrauchswerte zum Wert als Einheit eines Preises mit einer artspezifischen Gebrauchswertmenge setzt die Geldmessung des Werts voraus, d. h. die Erklärung der Entstehung des Geldes aus dem einfachen Austausch verschiedenartiger Produkte. Wie kommt ein artspezifisches Produkt dazu, die Rolle der allgemeinen Ware zu spielen? Das ist die eigentliche Frage, um die es im von mir benutzten Wertbegriff geht, den Fleißner fälschlich mit dem Tauschwertbegriff verwechselt. Und indem das spezielle Produkt allgemeine Ware wird, vertritt bzw. repräsentiert es den ökonomischen Wert, der durch Arbeit geschöpft wird. Fleißner will „den spezifischen Arbeitszeitaufwand für eine Einheit der Ware i durch A_i definieren“ mit der zusätzlichen Feststellung: „Die Dimension des Tauschwertes ist menschliche Arbeitszeit, seine Quantität $\{A_i\}$ ist ein Vielfaches seiner Einheit $[E_{A_i}]$.“⁶⁹

Das ist kurios, weil ein *Zeitmaß* für ein *Wertmaß* ausgegeben wird. So etwas nennt man logischerweise auch eine Absurdität. Weder ist ein Euro eine Minute noch ist der Tauschwert, also „das quantitative Verhältnis, die Proportion, worin sich Gebrauchswerte einer Art gegen Gebrauchswerte anderer Art austauschen“ (Marx), eine Stunde. Die Zeit hat in der Wertmessung überhaupt nichts zu suchen. Der Wert jedes konstanten Kapitals, den Fleißner anführt, wird in ausgegebenen Dollars, Euros oder sonstigen Geldarten gemessen und erscheint in den Büchern unter dem Titel *Debet*. Es ist nämlich für Produktionsbedingungen ausgegebenes Geld, daher Schuld gegen sich oder gegen andere (Fremdkapital). Die Zeit kann man nicht ausgeben, nicht einnehmen, also nicht tauschen, sondern nur an einer zyklischen Bewegung in fixierten Einheiten zählen. Sie vergeht als die Grundeigenschaft aller Bewegung. Die Verwandlung der Marxschen Formel $w = c + v + m$ in einen Ausdruck für Arbeitszeit ist mir daher völlig unbegreiflich. Daran ändert auch ihre Traktierung nach der Matrixalgebra nichts. So tritt ein Schein der Gelehrsamkeit ein, der ökonomisch keine Substanz hat, gar nicht vorhanden ist.

Peter Fleißner gelangt von den Arbeitswerten (also den Arbeitszeiten) zu den Preisen durch einfache Zeichenänderung. An die Stelle der Werte w treten die Preise p , welche „in gängigen Währungseinheiten (z. B. Millionen Euro) angegeben“⁷⁰ werden. Ein Fleißner-Preis ist also eine in konvertibler Währung präsentierte Geldmenge. Das ist in meiner Redeweise ein Wert. Hier feiert die Konfusion fröhliche Urständ.

⁶⁹ Fleißner a. a. O., S. 156

⁷⁰ Ebd., S. 160

Sie hat ihre Quelle leider im ersten Band des Marxschen ‚Kapital‘, in dem es heißt: „Der einfache relative Wertausdruck einer Ware ... in der bereits als Geldware funktionierenden Ware, z. B. dem Gold, ist Preisform. Die ‚Preisform‘ der Leinwand daher:

$$20 \text{ Ellen Leinwand} = 2 \text{ Unzen Gold}$$

oder, wenn 2 Pfd. St. der Münzname von 2 Unzen Gold,

$$20 \text{ Ellen Leinwand} = 2 \text{ Pfd. St.}^{71}$$

Erstens sind wieder beide Gleichungen kontradiktorisch angegeben (die Leinwand ist nie dem Gold gleich und auch nicht dem als Pfd. St. beglaubigten Gold). Zweitens müssen sie – in der Umgangssprache – richtig lauten. „Der Wert von 20 Ellen Leinwand ist dem Wert von 2 Unzen Goldes gleich“. „Der Wert von 20 Ellen Leinwand ist dem Wert von 2 Pfd. St. gleich.“

Die Marxsche „Preisform“ muß daher diese Form haben:

$$v(20 \text{ Ellen Leinwand}) = v(2 \text{ Unzen Goldes})^{72}$$

oder

$$v(20 \text{ Ellen Leinwand}) = v(2 \text{ Pfd. St.})$$

So aber ist sie eine Wertform. Einen Satz von der Gestalt „*der Preis von 20 Ellen Leinwand ist dem Preis von 2 Unzen Goldes gleich*“ bilden wir in der Regel nicht. Vielmehr würde man fragen: Welchen Preis haben denn die 20 Ellen Leinwand? Die Preismitteilung lautete: *2 Unzen Goldes sind pro 20 Ellen Leinwand zu zahlen*. Und damit ist das *Verhältnis*, das der Preis wirklich ist, klar ausgedrückt. Niemand käme auf die Idee, nach dem Preis der 2 Unzen Goldes oder der 2 Pfd. St. zu fragen. Das ist deshalb der Fall, weil jeder unterstellte, dass die beiden Gegenstände als Zahlungsmittel verwendet würden, d. h. als Wertvertreter. Als solche können sie gar keine Preise sein (es sei denn, sie stellen „Preise“ als Auszeichnungen, Prämien etc. dar). Die tatsächliche ökonomische Preisform für Marx’ Objekte lautet demnach:

$$p_{L1} = \frac{2 \text{ Unzen Gold}}{20 \text{ Ellen Leinwand}}, \quad p_{L2} = \frac{2 \text{ Pfd. St.}}{20 \text{ Ellen Leinwand}}^{73}$$

⁷¹ K. Marx: Das Kapital. Erster Bd., a. a. O., S. 84

⁷² Statt eines Index sei eine Klammer gebraucht, um den Gegenstand zu bezeichnen, dessen Wert gemeint ist.

⁷³ Ich verwende die Zeichen p_{L1} und p_{L2} als Ersatz für die Benennung „Preis von 20 Ellen Landwand“ und verweise darauf, dass beide Preise nur dann gleich wären, wenn die durch 2 Unzen Goldes und 2 Pfd. St. vertretenen Werte einander glichen. Das wäre nur dann der Fall, wenn beide Termini einander ersetzen. Bezeichnete aber der Terminus *2 Pfd. St.* eine geprägte Münze, so wäre der 2. Preis höher als derjenige, der den Wert nur in 2 Unzen Goldes vorstellte. Es müßten nämlich die Prägungskosten hinzugefügt werden. Und Prägen ist natürlich eine Art zu arbeiten, folglich Wertschöpfung.

Marx meint: „Die Schwierigkeit im Begriff der Geldform beschränkt sich auf das Begreifen der allgemeinen Äquivalentform, also der allgemeinen Wertform überhaupt, ...“⁷⁴ Diese löse sich rückbezüglich auf in die entfaltete Wertform, deren konstitutives Element aber die einfache Wertform sei: „20 Ellen Leinwand = 1 Rock oder x Ware A = y Ware B. Die einfache Warenform ist daher der Keim der Geldform.“⁷⁵ Abgesehen von der Wiederholung der Kontradiktionen ist der Hinweis auf die Herkunft der Geldform ohne Erklärungspotenz. Diese gewinnt man erst, wenn man die Rolle des Geldes als *Tauschmittel* bedenkt, als *Tertium Comparationis* des Wertvergleichs. Ist v_A der Wert von x Ware A und v_B der Wert von y Ware B und weiter v_G der Wert der Geldmenge, gegen die beide Waren auf dem Markt eingetauscht werden können, so ist $v_A = v_B$ die tatsächliche einfache Wertform im Marxschen Sinne, aber als logische Folge der Voraussetzungen: 1. $v_A = v_G$ und 2. $v_G = v_B$. Die zugrunde liegende Transitivität der Gleichheit $(x = y \wedge y = z) \rightarrow x = z$ ist eigentlich die wesentliche Eigenschaft der Geldform. Daher schlage ich vor, die Marxsche „Geldform“ auch mit der Notation

$$(v_A = v_G \wedge v_G = v_B) \rightarrow v_A = v_B$$

anzugeben (ich erspare mir den Gebrauch der Quantoren). Diese Subjunktion zu denken, lag zur Zeit Marx' außerhalb der intellektuellen Wahrnehmbarkeit (es mußte ja erst Frege kommen). Hegel wußte: „Der mathematische Schluß heißt: Wenn zwei Dinge oder Bestimmungen einem Dritten gleich sind, so sind sie untereinander gleich.“⁷⁶ Diesen Schluß stellt Hegel als seine vierte Figur seines Daseinsschlusses vor: $A - A - A$ vor, worin der Buchstabe A als Zeichen für den Terminus *das Allgemeine* verwendet wird, der seinerseits selbstverständlich einen Inhalt bezeichnet, der für den unbefangenen Leser deutlicher wird, wenn notiert wird, dass ihm die Termini *das Einzelne* und *das Besondere* beigeordnet sind (von Hegel mit E und B bezeichnet). Die Drittengleichheit ist sicher als spezifische Beschaffenheit der Marxschen Geldform zu erfassen, weil das Geld ja ohne Schwierigkeit als Vergleichsmittel für Werte wahrgenommen werden kann. Dabei kann gar kein Zweifel bestehen, dass der Wert als ökonomische Größenart das Allgemeine bzw. die allgemeine ökonomische Maßart ist. Das ist er selbstverständlich auch unter dem Namen *Arbeitswert*. Dieser ist akzeptabel, weil mit der konkreten Arbeit wirklich alle Werte geschaffen werden, die das Wirtschaften der Konsumtion liefert.⁷⁷

⁷⁴ K. Marx: *Das Kapital*. Erster Bd., a. a. O., S. 85

⁷⁵ Ebd.

⁷⁶ G. W. F. Hegel: *Wissenschaft der Logik*. Hg. v. G. Lasson. Zweiter Teil. Leipzig: Meiner 1950, S. 326. Das Dritte des Warenaustauschs bzw. sein *Tertium Comparationis* ist gerade das Geld. An diesem Faktum scheitern alle romantischen Hoffnungen auf Abschaffung des Geldes, und die altbekannte Rede von der „Herrschaft des Geldes“ ist schlichter Unsinn.

⁷⁷ Natürlich sind damit nicht die „Werte“ gemeint, die heutzutage als Menge von Idealen für den Grund der Gesellschaft erklärt werden und früher „Tugenden“ hießen.

Wenn nun auch, um mit dem Programm der *Socialistischen Arbeiterpartei Deutschlands* aus dem Jahre 1875 zu reden die „Arbeit ... die Quelle alles Reichthums und aller Kultur“ ist⁷⁸, so ist sie doch kein Tauschobjekt, daher kein Wertträger. Als Prozeß der Wertschöpfung liefert sie mit ihren Produkten und Diensten Bewertungsobjekte, die auf den Märkten Gegenstände der Preisverhandlung sind. Es versteht sich, dass die Momente der Arbeit, die Arbeitskraft und die erzeugten Gebrauchswertmengen, ebenso wenig Wertträger sein können wie die Arbeit selbst. Diese Momente können wir angesichts der Bródy'schen Bestimmung der Arbeit als Wertstrom $A = v \cdot t^{-1}$ auch als ökonomische Maßarten fixieren. Aus der Mechanik wissen wir, dass die Physiker die mechanische Arbeit als die Einheit der Kraft (K) mit der Weglänge (l) bestimmen, so dass ihnen $A = K \cdot l$ als die die Arbeit determinierende Größengleichung gilt.

Nun ist schon erwähnt worden, dass der ökonomische Arbeitskraftbegriff nicht mit dem mechanischen zusammenfallen kann, wenngleich durchaus übereinstimmende Eigenschaften feststellbar sind – wie im Fall des Huckers, der eine Last gegen die Gravitation der Erde bewegt, wenn er beim Hausbau aufsteigt, um seinen Kollegen Material zu bringen. Sein zurückgelegter Weg ist, wie oben schon notiert, die Produktion einer spezifischen Gebrauchswertart, die wir durch N_T (Nutzen der Transportarbeit) bezeichnen können. Nennen wir die Arbeitskraft K_A , können wir die verrichtete Arbeit A als Produkt aus Arbeitskraft und artspezifischem Gebrauchswert angeben: $A = K_A \cdot N_i$. Verwenden wir den Begriff der Vollbeschäftigteneinheit (VbE) mit der Festlegung, dass sie die Einheit der Arbeitskraft mißt, wenn der beschäftigte Arbeiter nach der unterstellten Leistungsnorm $L = A : t$ in der (mit der Gewerkschaft) vertraglich bzw. gesetzlich fixierten Arbeitszeit (t^A) seine Arbeitskraft anwendet. Ein Betrieb, der 20 Arbeitsplätze besetzt hält, mag dann 15 VbE haben, wenn er 10 Vollzeitkräfte und 10 Teilzeitkräfte mit je 0,5 VbE angestellt hat. Die VbE ist also der ideell in der Ökonomie angenommene Arbeiter, der seine Arbeitskraft effektiv in gesellschaftlicher Arbeit⁷⁹ äußert bzw. anwendet.

Mit den erklärten ökonomischen Maßarten ist nun klar, dass unter der Bedingung, Bródy's Arbeitsbegriff $A = v : t$ angenommen zu haben, der ökonomische Wert v durch die Gleichung $v = A \cdot t$ bestimmt wird (ob die Zeit t Arbeits- oder Produktionszeit bzw. Umsatz- oder Zyklusdauer ist, mag hier dahingestellt bleiben). Nach der Marxschen

⁷⁸ Vgl. M. Beyer/G. Winkler: Revolutionäre Arbeitereinheit. Eisenach – Gotha – Erfurt. Berlin: Dietz Vlg. 1975, S. 78. Wenn Marx in seiner Kritik des Gothaer Programms auf die äußere Natur als einer eben solchen Quelle des Reichthums verweist, so sei zum Verständnis notiert, dass die Unterstellung der *konkreten* Arbeit die Einheit des arbeitenden Menschen mit der äußeren Natur bedeutet.

⁷⁹ Gesellschaftlich ist alle Arbeit, deren Produkt verkauft wird. Der Verkauf ist die Vergesellschaftung. Gemeinschaftliche Arbeit ist diejenige, die in unmittelbarer Kooperation realisiert wird. Belegschaften von Betrieben realisieren gemeinschaftliche Arbeit; Betriebe, die ihre Produkte gegeneinander durch Ein- bzw. Verkauf erwerben oder veräußern, verwirklichen gesellschaftliche Arbeit.

Wert- und Geldformlehre versteht sich, dass Waren bzw. Dienste⁸⁰ Wertträger sind. Eine Ware hat Wert, wenn sie im Austausch gegen eine qualitativ andere Ware den Eigentümer wechselt. Natürlich sind die *Faktoren* des Werts nicht selber Werte. Diese Faktoren werden nach den gegebenen Erklärungen mit der Gleichung $v = K_A \cdot N_i \cdot t$ präsentiert. Weder ist die Arbeitskraft (K_A), noch die Nutzenmenge (N_i) noch die Zeit (t) ein Wert; dieser ist erst die *Vereinung* aller drei elementaren Grundmaßarten der Ökonomie. Da aber nun entweder eine Ware oder aber ein Dienst einen Wert hat (repräsentiert oder vertritt), so ist auch die Arbeitskraft keine Ware, weil sie kein Wertvertreter ist. Die Redeweise von der „Ware Arbeitskraft“ ist falsch und irreführend.

Woher kommt die Suggestion von der Arbeitskraft als einer Ware? Es handelt sich sehr einfach um die Notiz des Sachverhalts, dass der Arbeiter in seinem Arbeitsvertrag⁸¹ die Lohnsumme (nach der industriellen Revolution durchweg in Geld) vereinbart hat. Diese Geldmenge scheint den Wert darzustellen, den die durch den Arbeitsvertrag an den Betriebseigner gebundene Arbeitskraft in ihrer „lebendigen Arbeit“ schöpft. Das ist selbstverständlich eine komplette Illusion, ein reiner Schein, d. h. eine substanzlose Erscheinung. Die Realisation des Werts des in dieser Arbeit erzeugten Produkts ist ausschließlich eine Sache des Produkteigners, geht den Arbeiter gar nichts an. Wenn der etwa ein entsprechendes Einzelprodukt auf eigene Rechnung auf einem Markt veräußern würde, geriete er unter Anklage, Diebstahl betrieben zu haben. Es sind schon Verkäuferinnen so bestraft worden, die Produkte vernachlässigbar kleiner Werte für eigene Konsumvorstellungen angeeignet haben. Bestenfalls ist die vereinbarte Lohnsumme ein Teil des durch den Produktenverkauf erlösten Wertertrags. Ist sie im Sinne der Marxschen

⁸⁰ Man spricht auch von *Dienstleistungen*, was ich für keine gute Idee halte, weil das Wort *Leistung* das Verhältnis der Arbeit zur Zeit bezeichnet.

⁸¹ Den Arbeitsvertrag nennt I. Kant „*Lohnvertrag* (locatio operae), d. i. die Bewilligung des Gebrauchs meiner Kräfte an einen anderen für einen bestimmten Preis (merces). Der Arbeiter nach diesem Verträge ist der Lohndiener (mercenarius)“ (vgl. Kants *Metaphysische Anfangsgründe der Rechtslehre*. In: I. Kant, *Rechtslehre. Schriften zur Rechtsphilosophie*. Hg. v. H. Klenner. Berlin: Akademie-Vlg. 1988, S. 97). Den Terminus *merces*, den Kant hier verwendet, übersetzt F. A. Heinichen in seinem bekannten Schulwörterbuch mit „Lohn, Sold, Preis, Zins“ (a. a. O., S. 290). Damit sind sehr unterschiedliche ökonomische Begriffe gemeint. Ob das lateinische Wort *pretium* nicht eher das deutsche Wort *Preis* meint und das lateinische Wort *merces* nicht besser mit dem deutschen Wort *Miete* bzw. *Sold* zu übersetzen wäre, sei hier den klassischen Philologen anheimgestellt. Die militärische Bedeutung des Solds macht die zivile Bedeutung des Lohns vielleicht etwas problematisch. Aber es ist schon ökonomisch wahr, dass der Sold (das ist Roms Bezahlung germanischer Soldaten in *solidi*, den Goldmünzen des Imperiums, die den Grund lieferte, diese Soldaten *Söldner* zu nennen) eine Lohnart ist. Überhaupt ist der Arbeitslohn keine kapitalistische Erfindung, sondern in der Antike wohlbekannt (die Althistoriker kennen ganze Lohnlisten aus dem alten Athen).

Kant weiß den Preis sehr wohl im hier diskutierten Sinne zu bestimmen: „Denn P r e i s (*pretium*) ist das öffentliche Urteil über den W e r t (*valor*) einer Sache in Verhältnis auf die proportionierte Menge desjenigen, was das allgemeine stellvertretende Mittel der gegenseitigen Vertauschung des F l e i ß e s (des Umlaufs) ist. – Daher werden, wo der Verkehr groß ist, weder Gold noch Kupfer für eigentliches Geld, sondern nur für Ware gehalten; ...“ (I. Kant: *Metaphysik der Sitten*. Hg. v. K. Vorländer. Hamburg: Meiner 1966, S. 105).

Analyse das bekannte „variable Kapital“, so geht sie jenem Verkauf als Teil der Wertmenge vorher, die ein Eigentümer haben muß, wenn er Produkte für den Verkauf herstellen will. So wird die Lohnsumme natürlich ausgegeben, ehe der Betriebseigner sein Produkt verkaufen kann. Sollte ihm dieser Verkauf nicht gelingen, der Eigner also zum Pleitier mutieren, müßte der betroffene Arbeiter möglicherweise Lohnverlust in Kauf nehmen, wenn gar kein „variables Kapital“ zur Verfügung gestanden hatte, sondern die Lohnsumme aus dem Verkaufserlös hätte abgezweigt werden müssen (wie übrigens auch die Steuersumme zur Erhaltung des Gemeinwesens). Er könnte vielleicht hoffen, aus der Konkursmasse noch Lohnersatz zu erhalten.

Marx hat die Unterscheidung der Arbeitskraft „als Wert“ von ihr „als Wertbildner“ selbst vorgenommen: „Innerhalb des Kapitalvorschusses zählt die Arbeitskraft als Wert, aber im Produktionsprozeß fungiert sie als Wertbildner. An die Stelle des Werts der Arbeitskraft, der innerhalb des Kapitalvorschusses figuriert, tritt im wirklich *fungierenden* produktiven Kapital die lebendige, wertbildende Arbeitskraft selbst.“⁸² Nur wenn die Arbeitskraft als Wert zählt, kann sie auch als Ware (oder Dienst) gedacht werden. Aber selbst hier ist ganz klar, dass der in Gestalt des Lohns vorzeigbare Kapitalvorschuß mit dem Wert des durch eben diese Arbeitskraft erzeugten Produkts nichts zu tun hat.

Die Vorstellung, dass die „lebendige Arbeit“ allein für die neue Wertschöpfung verantwortlich ist, die in einer aktuellen Produktion realisiert wird, wird natürlich konterkariert durch den Hinweis auf die in dieser Produktion eingesetzten Produktionsmittel und sonstigen objektiven Produktionsbedingungen, die alle als „konstantes Kapital“ einen Betrag zur Wertschöpfung liefern, der im Verkaufserlös positiv wiedererscheinen muß (als Kostenersatz selbstverständlich). Damit ist a priori klar, dass der Lohn als „variables Kapital“ mindestens nicht dem Werte gleich sein kann, der durch die Produktion geschaffen wird. Welchen Wert vertritt also die Arbeitskraft, wenn sie eine Ware sein soll, $c + v + m$ oder nur v oder $c + v$ ⁸³? Natürlich muß die Antwort lauten: Die von Personen realisierbare Arbeitskraft vertritt überhaupt keinen Wert, wengleich sie notwendiges Moment der Wertschöpfung ist. Ebenso wenig vertritt die Arbeitszeit einen Wert, obwohl

⁸² K. Marx: Das Kapital. Dritter Band. In: MEW 25, S. 38. Die Unterscheidung der „Arbeitskraft als Wert“ von der „lebendige[n], wertbildende[n] Arbeitskraft“ eröffnet, wie ich meine, innerhalb der Marxschen Argumentation selbst die Möglichkeit, sich nicht durch die Lohnzahlung den „Wertcharakter“ der Arbeitskraft zu suggerieren. Die Arbeitskraft wird durch den Kapitalvorschuß v ja nicht zum Geldeigner, sondern das wird der entlohnte Arbeiter. Und bedenkt man, dass das „wirklich *fungierende* produktive Kapital“ natürlich nicht das als Debet notierte Kapital ist, sondern die reale gemeinschaftliche Produktion eines Betriebes, so wir man vielleicht bemerken, dass Marx mit der notierten Bezeichnung effektiv agierende Produzenten meint, nicht etwa die vorgeschossenen Geldmengen c und v .

⁸³ Diese Aufteilung ist nach der Marxschen Wertformel $w = c + v + m$ (vgl. Das Kapital I, MEW 23, S.226ff.) möglich. Das oben verwendete Wertzeichen v muß hier durch das Zeichen w ersetzt werden, weil es mit der Marxschen Bezeichnung des „variablen Kapitals“ kollidiert.

sie notwendige Bedingung der Wertschöpfung ist. Und auch die Nutzen- oder Gebrauchswertmengen, die im Produzieren entstehen, stellen keinen Wert dar. Dieser wird ausschließlich durch Geld repräsentiert. Und alles, was man für Geld ein- oder mit Geldeinnahme verkaufen kann ist Wertträger. Wäre die Arbeitskraft Ware, müßte in Wahrheit ihr Besitzer Ware sein. Und das ist genau der Fall, wenn er Sklave ist. Ein Mensch ist Wertträger, hat einen Wert, wenn er versklavt ist und auf einem Markt ver- bzw. gekauft werden kann. Wenn Menschen auf einem Markt über den Preis von Waren verhandeln, so Kant mit gewohnter gründlicher Einsicht, realisieren sie Würde für sich und Verhältnisse von Werten zu Nutzenmengen, also Preise für Waren oder Dienste. Die revolutionäre Proklamation Kants muß hier wiederholt werden: „Allein der Mensch als *P e r s o n* betrachtet, d. i. als Subjekt einer moralisch-praktischen Vernunft, ist über allen Preis erhaben; denn als ein solcher (*homo noumenon*) ist er nicht bloß als Mittel zu anderer, ihren, ja selbst seinen eigenen Zwecken, sondern als Zweck an sich selbst zu schätzen, d. i. er besitzt eine *W ü r d e* (einen absoluten inneren Wert), wodurch er allen anderen vernünftigen Weltwesen *A c h t u n g* für ihn abnötigt, sich mit anderen dieser Art messen und auf den Fuß der Gleichheit schätzen kann.“⁸⁴

Es gibt natürlich noch einen anderen Grund, die Vorstellung von der Ware Arbeitskraft für unsinnig zu halten. Ist die Arbeitskraft eine Ware, so sind ihre Eigner (als Besitzer der subjektiven Arbeitsbedingungen) a priori Eigentümer von Werten, gegen die die Eigner der objektiven Arbeitsbedingungen selbstverständlich nichts anderes als eben – Eigentümer von Werten sind. Beide Arten von Eignern treten auf dem sogenannten „Arbeitsmarkt“ in Kontakt, tauschen ihre Werte (hier das Geld, dort die Arbeitskraft) gegeneinander aus. Und alles ist sozial in bester Ordnung, wenn dieser Austausch äquivalent ist.⁸⁵ Das Eigentum an den objektiven Arbeitsbedingungen hat somit keine besondere Bedeutung; die Gesellschaft konstituiert sich durch den wechselseitigen Wertaustausch, den alle Menschen als Wertbesitzer ohne weiteres betreiben können. Wer kein Land hat, kann ja seine Arbeitskraft anbieten; wer keinen Betrieb hat, ist doch an seiner Arbeitskraft glücklicher Werteanbieter. Aber was macht der, der niemanden findet, der bereit ist, dessen Arbeitskraft zu kaufen? Wie soll das Millionenheer der Arbeitslosen in diese heitere Welt

⁸⁴ I. Kant: *Metaphysik der Sitten*. Hg. v. K. Vorländer. 4. Aufl., Hamburg: Meiner 1966, S. 285. In seiner *Grundlegung zur Metaphysik der Sitten* von 1786 sagt Kant: „Im Reich der Zwecke hat alles entweder einen *Preis*, oder eine *Würde*. Was einen Preis hat, an dessen Stelle kann auch etwas anderes als *Äquivalent* gesetzt werden; was dagegen über allen Preis erhaben ist, mithin kein *Äquivalent* verstattet, das hat eine *Würde*“ (in: I. Kant, *Kritik der praktischen Vernunft*, hg. v. M. Thom, Leipzig 1978, S. 252). In der englischen Sprache kann man, was *worth* genannt wird und mit dem deutschen Wort *Würde* denselben indogermanischen Wortstamm hat, durchaus auch deutsch *wert* nennen, aber eben nie *Würde*. Dieser Name hat vielmehr mit der Gründung der Bundesrepublik Verfassungsrang erhalten, da das, was sie bezeichnet, als unantastbar erklärt wird.

⁸⁵ Bei hohen Gewinnen der Kapitalisten werden Arbeiterideologen die Äquivalenz bezweifeln; bei Pleiten bzw. Konkursen werden Kapitalistenideologen das Gleiche tun – nur mit umgekehrtem Vorzeichen.

der Wertebesitzer einbezogen werden? Denn dass die Arbeitskraft des Arbeitslosen solange wertlos ist, solange sie nicht verkauft wird (wenn sie denn Ware, also verkaufbar sein soll), steht ökonomisch mit dem Theorem vom Wert als einem gesellschaftlichen Verhältnis fest: Der Wert ist nur im Austausch wirklich, hat nur in der Warenzirkulation Dasein.

Die Asymmetrie einer solchen Gesellschaft von Werteeignern ist allerdings unübersehbar. Es sind die Eigentümer der *objektiven* Arbeitsbedingungen, die, wenn sie wollen, Arbeitskräfte kaufen, während die Eigentümer allein der *subjektiven* Arbeitsbedingungen in der Regel gar nicht in die Lage geraten, objektive Arbeitsbedingungen zu kaufen (es sei denn, sie finden Kreditgeber und werden fröhliche Schuldner). Sobald wir also auf den Gebrauchswert des Eigentums achten, darauf, wozu es nützlich ist, hört die abstrakte Gleichheit des Werts auf, die Gleichheit der Gesellschaftsglieder zu garantieren. Und im Produktionsprozeß wird ohnehin sogleich klar, wer den Inhalt des Arbeitsvorgangs bestimmt. Der Arbeiter realisiert eine Arbeitskraft, deren Anwendungszweck er nicht determiniert; er produziert etwas, was er nicht verkauft. Mit dem vermeintlichen Verkauf seiner Arbeitskraft hat er sie von sich im eigentlichen Sinn entfremdet; sie ist nun im Besitze des Eigners aller Produktionsbedingungen der fraglichen Produktion. So jedenfalls muß man denken, wenn man die Arbeitskraft als Ware wahrnehmen will.

So aber haben wir wieder ein neues Problem: Was machen Arbeiter mit ihrer doch verkauften Arbeitskraft, wenn sie in Streiks treten? Berauben sie dann den, dem sie doch ihr Arbeitsvermögen übereignet haben? Muß dann nicht die Justiz solchen Diebstahl ahnden? Indem sie das Streikrecht unterstellt, tut sie das nicht (wenigstens nach böser Erfahrung nicht mehr) und erklärt damit, dass ein Verkauf der Arbeitskraft gar nicht stattgefunden habe, dass also diese genau keine Ware geworden sei. Der Arbeitslose und der Streikende sind empirische Instanzen, die diejenigen, welche auf dem „Arbeitsmarkt“ Arbeitskräfte als Waren veräußert zu erkennen vermeinen, noch heftig studieren müssen, um deren Wareneigentum plausibel vorzustellen.⁸⁶ Was ist das auch für eine Institution, die im Alltag „Arbeitsmarkt“ genannt wird? Da schreiben Betriebe Stellen aus, mit Personen zu besetzende Arbeitsplätze; dann stellen sich Personen in den Betrieben vor (nicht etwa auf städtischen Wochenmärkten); und schließlich verhandeln Betriebsinhaber oder

⁸⁶ Zu ihnen gehört, wie ich erst jetzt notiert habe, Thomas Kuczynski, der auf die 1997 von Ingeborg Dummer gestellte Frage: Die Arbeitskraft – eine Ware? die 14 Seiten umfassende Antwort *Was wird auf dem Arbeitsmarkt verkauft?* gegeben hat. (Vgl. hierzu die URL weiter unten). Der Autor kennt zwar meine 1995 zum Problem publizierte Sicht (in: Ist die Arbeitskraft eine Ware? Online unter: <http://www.peter-ruben.de>), hält sie aber für eine „von keiner Kenntnis und keinerlei Erinnerung getragene Argumentation“, die er „unzitiert“ lässt, weil: „sie verlohnt es nicht“ (Anm. 6 des Kuczynski-Beitrags). Solch nachsichtige Information zeigt, welche ideologische Potenz die Frage nach dem Warencharakter der Arbeitskraft enthält. Aber einen ökonomischen, d. h. wissenschaftlichen Rang hat sie nicht. T. Kuczynskis Aufsatz findet der Leser mit Stand November 2017 unter: http://www.bildungsge-meinschaft-salz.de/bilder/T_Kuczynski_Beitrags_06_08.pdf

ihre Beauftragten mit den nachfragenden Personen, um zu einem Arbeitsvertrag zu gelangen.

Während dieser ganzen Zeit wird kein Gran Arbeit verrichtet. Sie existiert einfach nicht. Der Betriebsinhaber, der natürlich selbst auch Arbeitskraft hat, hat die Arbeit nicht, kann also gar kein Arbeitgeber sein; die nachfragende Person hat zwar Arbeitskraft, bekommt aber während der Vertragsverhandlung keine Arbeit, ist in diesem Zusammenhang gerade kein Arbeitnehmer. Was dem „Arbeitsmarkt“ zugeschrieben wird, ist reine Phantasie; es findet weder Geben noch Nehmen statt, sondern Verhandeln um die Art der künftigen Arbeit und die Lohngröße. Wird die Arbeit wirklich aufgenommen und verrichtet, ist aber auch jede Andeutung eines Marktes verschwunden, an die Stelle der sprachlich vermittelten Erörterung tritt das werkzeugvermittelte Schaffen. Was also soll die Sprachphrase vom „Arbeitsmarkt“? Sie hat die rein ideologische Bedeutung zu suggerieren, es gebe neben den vielen anderen Marktarten eine besonderen Markt, auf dem man Arbeit tauschen, ein- oder verkaufen kann. Wenn das stimmt, müssen natürlich Arbeitgeber und -nehmer aufkreuzen, damit dieser Markt auch handelnde Akteure habe. Die Ware, die man sich nun als Gegenstand des Tausches vorzustellen hat, soll die Arbeit höchst selbst sein. Diese Annahme ist z. B. die Voraussetzung der Nationalökonomie Schumpeters. In solchem Zusammenhang gilt noch immer Engels' Diktum. „Es konnte mir nicht in den Sinn kommen, in das ‚Kapital‘ den landläufigen Jargon einzuführen, in welchem deutsche Ökonomen sich auszudrücken pflegen, jenes Kauderwelsch, worin z. B. derjenige, der sich für bare Zahlung von anderen ihre Arbeit geben läßt, der Arbeitgeber heißt, und Arbeitnehmer derjenige, dessen Arbeit ihm für Lohn abgenommen wird. Auch im Französischen wird travail im gewöhnlichen Leben im Sinn von ‚Beschäftigung‘ gebraucht. Mit Recht aber würden Franzosen den Ökonomen für verrückt halten, der den Kapitalisten *donneur de travail*, und den Arbeiter *receveur de travail* nennen wollte.“⁸⁷ Dieses von Engels beklagte Kauderwelsch ist heute Amtsdeutsch durch die Festlegung, Arbeiter und Angestellte „Arbeitnehmer“ nennen zu sollen, die von „Arbeitgebern“ Arbeitsplätze offeriert bekommen, falls die „Arbeitskosten“ nicht zu hoch sind.

Ich beschließe meine Auseinandersetzung zum Thema *Arbeit und Wert* mit der Feststellung, dass dieser Gegenstand des Denkens und Erkennens ein wahrer Kampfplatz

⁸⁷ F. Engels: Vorwort zur dritten Aufl. des ‚Kapital‘. In: MEW 23, S. 34. Die antike Verwendungsweise dieser Wörter beschreibt Gert Audring in seinem Beitrag „Arbeitgeber und Arbeitnehmer“: In: *Das Altertum* 25(1979)1, S. 56–61. Da *Arbeit* ein sehr deutsches Wort ist, erstmals in den Nibelungen historisch auftretend, und die athenischen Griechen vom *Werk (to ergon)* sprachen, Werkgeber und Werknehmer unterscheidend, so ist sicher Behutsamkeit in der Reflexion der antiken Unterscheidung ange-sagt. Wir unterscheiden im Deutschen ja deutlich zwischen der Arbeit (einem ablaufenden Vorgang) und dem Werk (ein Resultat des Werkens oder ein umfangreicher Betrieb wie das Leuna-Werk)

der Meinungen und häufig leeren Termini⁸⁸ zu sein scheint, den hoffentlich künftige Analytiker gründlich aufräumen werden.

Vom Dualismus zwischen der Gesellschaft und der Gemeinschaft

Die oben erwähnte Unterscheidung der gemeinschaftlichen von der gesellschaftlichen Arbeit gehört wohl mit zu den schwierigsten Wahrnehmungsleistungen, die man in der gegenwärtigen Sozialreflexion des politischen und wirtschaftlichen Alltags fordern kann. Für die wissenschaftlich akzeptable geistige Verarbeitung unserer absolvierten Geschichte gilt diese Feststellung selbstverständlich ebenso. Am deutlichsten erkennt man die aktuelle mentale Lage vielleicht an der Verwendung des Wortes *Sozialismus*: In Wahlen werden Freie Demokraten (die Mitglieder der 2013 nicht mehr in den Bundestag gewählten Partei) hemmungslos die Losung „Freiheit oder Sozialismus!“ propagieren, Christliche Demokraten (CDU-Mitglieder) vor Wiederholung sozialistischer Experimente warnen, Sozialdemokraten (SPD-Mitglieder) vielleicht sanft daran erinnern, dass unter dem „demokratischen Sozialismus“, den die Sozialistische Internationale wolle, eigentlich ein Wertekanon zu verstehen sei, während endlich die Partei Die Linke den Kapitalismus zu transzendieren beabsichtigt, wahrscheinlich wohl in Richtung des demokratischen Sozialismus, den sie sich irgendwie als eine nichtkapitalistische Ordnung der Gesellschaft vorstellt. In der Regel sagen die entsprechenden Diskutanten, sich zum Begriff „Sozialismus“ geäußert zu haben. Aber es sei versichert, dass sie durchweg nur das Wort Sozialismus verwenden. Wörter bezeichnen natürlich Inhalte, die wir uns vorstellen können. Aber die mit einem Wort assoziierbaren Vorstellungen sind unbestimmt viele. Und Diskutanten können zum selben Wort sehr verschiedene Vorstellungen angeben und in einer nervenden Debatte gegeneinander ausspielen. Wer in solcher Debatte siegt, von dem sagt man heute, dass er die ‚Definitionsmacht‘ habe. Das träfe zu, wäre eine Definition gegeben.

Genau das aber ist im Deutschen seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts eine unmittelbar ersichtliche Unfähigkeit. Seit dem Ende der klassischen deutschen Literatur und Philosophie, besonders aber seit dem Sieg der Preußen über Österreich 1866 (also nach und im Ergebnis der Revolution von 1848/49) und der Bildung des Fürstenbundes unter dem Namen ‚Deutsches Reich‘ (mit dem preußischen König als Bundespräsidenten) ist mental das merkwürdige Phänomen eingetreten, dass der in der Klassik völlig klare

⁸⁸ Nach der gegebenen Darstellung nennt der Terminus *die Ware Arbeitskraft* genau dasselbe, was der Terminus *das Nichts* nennt, nämlich die leere Menge. Von dieser Sorte Termini hat die deutsche Umgangssprache noch eine ganze Menge im Angebot.

Zusammenhang zwischen einer Sache und ihrem Begriff verloren gegangen ist. Man spricht nun vom Begriff „Hund“, nicht mehr vom Begriff *des* Hundes. Man ahnt nicht einmal, dass Wörter als Namen verwendet werden, die Sachen als Gegenstände des Präzifizierens benennen, und dass eben diese Benennung die Voraussetzung des Begreifens ist, wenn man von Begriffen spricht, aber Wörter in Anführungszeichen angibt. Man hält somit das Benennen für das Begreifen. Denn letztere ist eben jenes Tun, dessen Produkt ein Begriff ist. Die mentale Entwicklung also nach der Niederlage der deutschen Revolution von 1848 hat im deutschen Alltagsgerede den Verlust der Fähigkeit eingebracht zu verstehen, was das Begreifen ist. Man hält nun schon Namen für Begriffe und übersetzt aus fremden Texten das Wort *term* in nachtwandlerischer Sicherheit mit dem Worte *Begriff*. Vielleicht ist der deutsche Vormärz daran nicht unschuldig, hat er die Deutschen doch nur im „Luftreich des Traumes“ herrschen gesehen, ihnen aber lieber die Entfaltung auf platter Erde gewünscht, und in der 11. Feuerbach-These sogar das philosophische Begreifen nur als individuelle Interpretation gesehen, das durch das praktische Verändern der Welt ersetzt werden müsse. Da das nun im 20. Jahrhundert ausreichend in zwei Weltkriegen von den Deutschen begriff- und hirnlos traktiert worden ist, kann man vielleicht vorschlagen, sich denn doch wieder auf das Begreifen einzulassen, das doch im alten Deutschland eine bemerkenswerte Höhe erreicht hatte.

Die erste Frage im vorgestellten Zusammenhang des gegenwärtigen Gebrauchs des Wortes *Sozialismus* unabhängig von den darin unterstellten ideologischen Interessen ist wohl die nach der gemeinten dominierenden Vorstellung. Sie läßt sich relativ leicht beantworten: Wer „Nie wieder Sozialismus!“ in der DDR-Wende 1989/90 gerufen hat, meinte natürlich die gesellschaftliche und politische Situation in diesem Teil Deutschlands. Zweifellos hatte die Führungsgruppe in der DDR die Vorstellung vom Sozialismus proklamiert, sogar verschiedene Entwicklungsphasen desselben unterschieden. Und heute noch sprechen manche vom „Staatssozialismus“ z. B., der in der DDR geherrscht haben soll. Aber sind diese Benennungen angemessen? Diese Frage kann man nur beantworten, wenn man eine ordentliche Sozial- bzw. Gesellschaftstheorie zugrunde legt. Begreifen ist ohne Theoriebildung nicht möglich. Benennen kann man in jedem Geschwätz. Begriffe hat man nur unter Voraussetzung des Erkennens und des darin erfolgenden Begreifens.

Nun ist es keineswegs so, dass vom Sozialismus etwa nicht genügend wissenschaftlich mehr oder weniger zulängliche Darstellungen gegeben worden sind.⁸⁹ Aber sie

⁸⁹ Vgl. *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*. Hg. v. O. Brunner †, W. Conze, R. Koselleck. Bd. 5, Stuttgart: Klett-Cotta 1984, S. 923–996; *Historisches Wörterbuch der Philosophie*. Hg. v. J. Ritter † u. K. Gründer. Bd. 9, Basel: Schwabe & Co 1995, Sp. 1166–1210

sind im Argumentieren des Alltags so gut wie unbekannt. Und eine theoretische Reflexion der Erfahrungen, die unter Voraussetzung der DDR gemacht worden sind, findet in diesen Texten nicht statt. Dies aber soll die Intention der folgenden Überlegungen sein. Die zweite Feststellung, die wir mit dieser Absicht treffen müssen, besteht darin zu notieren, dass die spezifische Verwendung des Wortes *Sozialismus* in der DDR (und damit auch im aktuellen deutschen Diskurs) auf Lenins Initiative zur Gründung der Kommunistischen bzw. III. Internationale zurückgeht. Er sah die Bemühungen nach dem ersten Weltkrieg, die II. Internationale zu neuem Leben zu erwecken. Gegen diese, die sich sozialistisch nannte, wollte er eine entgegengesetzte, eine kommunistische – mit der unmittelbar praktischen Folge, dass seine bolschewistische Fraktion der russischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei als eigenständige Partei sich auf keinen Fall eine *sozialistische* Partei nennen dürfe, um nicht mit den Parteien der Sozialistischen Internationale verwechselt zu werden. Sie müsse sich deshalb *Kommunistische* Partei nennen. Als Aufgabe seiner Partei sah Lenin reflexionslos weiter, die sozialistische Revolution zu betreiben. So dekretierte er die Liquidation des Namens der Partei, den die Revolution, welche eben diese Partei führen sollte, allerdings nach wie vor haben sollte. Die Frage, warum eine kommunistische Partei nicht eine kommunistische Revolution beabsichtigen sollte, wurde gar nicht gestellt.⁹⁰ Wie später von der Komintern sprachlich normiert, galt das Wort *Sozialismus* als Kurzbezeichnung dessen, was Marx in seiner *Kritik des Gothaer Programms* „eine kommunistische Gesellschaft, nicht wie sie sich auf ihrer eignen Grundlage *entwickelt* hat, sondern ... wie sie ... aus der kapitalistischen Gesellschaft *hervorgeht*“⁹¹ genannt hat. Marx nennt sie auch die „erste Phase der kommunistischen Gesellschaft“⁹². Eine Erklärung, warum der Name *Sozialismus* die erste Phase der kommunistischen Gesellschaft bezeichnen soll, ist nicht zu finden. Dass solche Benennung wenigstens sprachlich den Sozialismus als eine Art des Kommunismus feststellt, ist wohl klar.

Ist das zugegeben, so haben wir das Problem drittens auf die Frage verschoben: Was bezeichnet eigentlich das Wort *Kommunismus*? Wenn man mit diesem Worte nicht irgendeine imaginäre Phantasievorstellung meint, die man dann getrost auch mit dem Worte *Paradies* bezeichnen könnte, so heißt Kommunismus das, was wir im Deutschen auch lange *Gütergemeinschaft* genannt haben. Der Kommunismus ist so eine auf dem Gemeineigentum an den objektiven Produktionsbedingungen basierende menschliche

⁹⁰ Vgl. dazu W. Hedeler / A. Vatlin (Hg.): Die Weltpartei aus Moskau. Der Gründungskongreß der Kommunistischen Internationale 1919. Protokoll und neue Dokumente. Berlin: Akademie Vlg. 2008, S. 5–8

⁹¹ K. Marx: Kritik des Gothaer Programms. In: MEW 19, S. 20

⁹² Ebd., S. 21

Ordnung. Er schließt im strengen Fall alles persönliche Privateigentum an diesen Bedingungen aus und ist mit Bezug auf das Landeigentum schon aus geographischen Gründen durch eine lokale Gemeinschaft von Menschen realisiert. Marx beschreibt sie: „Innerhalb der ... auf Gemeingut an den Produktionsmitteln gegründeten Gesellschaft tauschen die Produzenten ihre Produkte nicht aus; ebensowenig erscheint hier die auf Produkte verwandte Arbeit *als Wert* dieser Produkte, ... der einzelne Produzent ... erhält von der Gesellschaft einen Schein, dass er soundso viel Arbeit geliefert (nach Abzug seiner Arbeit für die gemeinschaftlichen Fonds), und zieht mit diesem Schein aus dem gesellschaftlichen Vorrat von Konsumtionsmitteln soviel heraus, als gleich viel Arbeit kostet.“⁹³

Was ich nun den Leser genau wahrzunehmen bitte, ist die Angabe von der „auf Gemeingut an den Produktionsmitteln gegründeten *Gesellschaft*“⁹⁴. Wenn jemand Gemeingut hat und in *Gütergemeinschaft* lebt, handelt es sich dann nicht um eine *Gemeinschaft* und nicht um eine *Gesellschaft*? Wir haben im Deutschen diese beiden wichtigen sozialtheoretischen Wörter und den Text des weltweit anerkanntesten deutschen Philosophen, der 1797 feststellte: „Selbst *der bürgerliche Verein* (unio civilis) kann nicht wohl eine Gesellschaft genannt werden; denn zwischen dem Befehlshaber (imperans) und dem *Untertan* (subditus) ist keine Mitgenossenschaft; sie sind nicht Gesellen, sondern einander *untergeordnet*, nicht *beigeordnet*, und die sich einander beiordnen, müssen sich, eben deshalb, untereinander als gleich ansehen, sofern sie unter gemeinsamen Gesetzen stehen. Jener Verein *ist* also nicht sowohl als *macht* vielmehr eine Gesellschaft.“⁹⁵ Die Unterscheidung zwischen einem Verein, der nach den weiter oben gemachten Erklärungen Resultat einer Vereinigung, eines Vereins (Unifizierens) zu einer Gemeinschaft ist, und einer Gesellschaft ist nun nicht nur von Kant vorhergedacht worden, sondern neunzig Jahre später vom Begründer der deutschen Soziologie zum Thema einer ganz eigenen Arbeit gemacht worden. Sie trägt den Titel *Gemeinschaft und Gesellschaft. Abhandlung des Communismus und des Socialismus als empirischer Culturformen*.⁹⁶ Ihr Autor ist Ferdinand Tönnies, der Marx im Britischen Museum beobachtete, dessen Lehre von der Ware Arbeitskraft übernahm, ihn aber – wohl aus norddeutschem Respekt – nicht ansprach.

Tönnies leitet seine Überlegungen mit der Feststellung ein, dass alle Wirkungen menschlicher Individuen zur Erhaltung oder Zerstörung „des anderen Willens und Leibes tendieren“, er sich aber nur mit den Verhältnissen „gegenseitiger Bejahung“ beschäftigen

⁹³ Ebd., S. 20

⁹⁴ Ich hebe die Wörter im Marxschen Text, auf die es mir ankommt, kursiv hervor.

⁹⁵ I. Kant: *Metaphysische Anfangsgründe der Rechtslehre*. Hg. v. H. Klenner, a. a. O., S. 120 (§ 41)

⁹⁶ Erschienen 1887 in Leipzig: Fues's Vlg. (R. Reisland). Die 3. Aufl. erschien mit dem Untertitel *Grundbegriffe der reinen Soziologie* in Berlin: K. Curtius 1920. Der Hinweis auf die „empirischen Kulturformen“ des Kommunismus und Sozialismus ist gestrichen. Doch leitet Tönnies sein Vorwort zur 3. Aufl. mit dem Satze ein: „Zwischen der zweiten und der dritten Auflage ... liegt die Katastrophe der europäischen, zumal der deutschen Gesittung.“ Diese ist nun wieder Thema aktueller Debatten. Vielleicht kann die Kenntnisnahme des Werks von Tönnies darin helfen, neue Erkenntnisse zu gewinnen.

wolle. Der Krieg als sozialtheoretisches Thema wird also von vornherein ausgeschlossen (was sein Dasein als gesellschaftswissenschaftliches nicht ungeschehen macht). Indem sich die Menschen wechselseitig bejahen, stellen sie – mit Tönnies gesprochen – Verhältnisse der „Einheit in der Mehrheit oder Mehrheit in der Einheit dar“. Die durch solches Verhältnis gebildete Gruppe nannte der Autor eine *Verbindung*. Und dann heißt es: „Das Verhältnis selber, und also die Verbindung, wird entweder als reales und organisches Leben begriffen – die ist das Wesen der *Gemeinschaft*, oder aber als ideelle und mechanische Bildung – dies ist der Begriff der *Gesellschaft*.“⁹⁷ Tönnies weiß natürlich, dass die „bisherige wissenschaftliche Terminologie“ die gewählten Namen „ohne Unterscheidung nach Belieben zu verwechseln“ pflegt.⁹⁸ Dieses Treiben geht bis heute. Mit angelsächsischem Einfluß nach dem zweiten Weltkrieg werden große Gruppen *Gesellschaft* (society); kleine Gruppen *Gemeinschaft* (community) genannt, womit der Unterschied rein quantitativ bestimmt ist.

Es liegt aber nahe, Tönnies' Hinweis auf das Verhältnis als Verbindung ernst zu nehmen und daran zu denken, dass eine Verbindung das Ergebnis eines verbindenden Handelns ist, eines Verbindens also, das man sehr wohl genau bestimmen kann. Mein Vorschlag lautet: Betrachten wir eine Gemeinschaft, haben wir einen Verein im Kantschen Sinne vor uns, der durch Vereinen entstehen. Betrachten wir eine Gesellschaft, so haben wir das Ergebnis einer Vereinigung vor uns, in welcher im Kantschen Sinne die Beiordnung die Gleichheit der Gesellschaftsglieder gegeneinander statuiert. Eine Gemeinschaft ist eine Union; eine Gesellschaft ist eine Assoziation.

Wenn nun mit dieser Voraussetzung das Wort *Sozialismus* einen klaren Sinn bekommen soll, so kann der nur dadurch gewonnen werden, dass man mit diesem Namen irgendeine Art von Gesellschaft bezeichnet. Und es ist klar, dass das Wort *Kommunismus* gar nichts anderes bezeichnen kann als eine Art von Gemeinschaft. Die beiden artspezifischen Bestimmungen, die nun gebraucht werden, um die Begriffe des Sozialismus und des Kommunismus wirklich zu bilden, sind natürlich mit der Forderung, sie zu finden, noch keineswegs vorhanden. Da dieses Finden in der Gegenwart als ein ideologisches Abenteuer mit ungewissem Ausgang betrieben werden muß, so zu sagen als Hochseefahrt mit der Gefahr plötzlich auftauchender Monsterwellen⁹⁹, so will ich mit aller möglichen Rücksicht nur noch wenige Feststellungen treffen:

1. Lenins Eintritt in die Organisation der kommunistischen Parteiherrschaft, vollendet mit dem Vertreiben der russischen Nationalversammlung (der Konstituante) im Januar 1918, hat selbstverständlich eine kommunistische Umwälzung vollzogen – und zwar

⁹⁷ In der 1. und 3. Aufl. S. 3

⁹⁸ Ebd., dagegen ließe sich einwenden, dass Tönnies vielleicht seinen Kant nicht ganz genau gelesen hat, was ja die oben zitierte Unterscheidung zwischen Verein und Gesellschaft definitiv zeigt.

⁹⁹ Jedenfalls sprechen alle meine persönlichen Erfahrungen für diese Annahme.

eine doppelte, die man nicht übersehen darf: Die in der Stadt, wo Industrie und Banken nationalisiert, das Geld mit der Inflation begeistert abgeschafft wurden – und die auf dem Lande, wo die alte Landumteilungsgemeinde¹⁰⁰ wieder hergestellt wurde. Die beteiligten Akteure waren sich des kommunistischen Charakters ihrer Unternehmung seit November 1917 auch ganz klar; sie erfanden den Namen *Kriegskommunismus*, vielleicht auch deshalb, weil sie sich nicht recht klar darüber waren, dass das Auseinanderjagen der Konstituante die Kriegserklärung gegen alle anderen Revolutionsparteien unweigerlich sein mußte. (Die Konstituante war im Gegensatz zu anderen Nationalversammlungen eine durchaus revolutionäre Versammlung; die sogenannten Kadetten hatten nicht viel über 10% der Stimmen, und sie konterrevolutionär zu nennen, ist etwas gewagt.) Im Namen dieses Kriegskommunismus wurde den Landgemeinden (die den traditionellen russischen Bauernkommunismus realisierten) das Getreide ohne Bezahlung genommen, oft auch noch das Saatgetreide, womit die rohkommunistische Ersetzung des ökonomischen Austauschs durch die mit staatlicher Gewalt realisierte Zuteilung vollzogen wurde. Das war keine Umwälzung der Gesellschaft, sondern ihre Liquidation. Millionen Hungertote waren die Folge.

2. Lenins Programm der Neuen Ökonomischen Politik, im März 1921 präsentiert, kann man als eine Rückkehr zur Anerkennung des gesellschaftlichen Austauschs betrachten, die Lenin allerdings nur als zeitweiligen Rückzug ansah. Die glänzende Währungsreform, die zur Einführung des Tscherwonez führte, schien den Versuch einer gesellschaftlichen Neuordnung zu signalisieren, die etwa bis 1927 Thema blieb und in den Auseinandersetzungen um den Gegensatz zwischen indikativer und direkter Volkswirtschaftsplanung kulminierte, der 1930 mit dem Verbot gekoppelt, statistische Daten zur Volkswirtschaft zu publizieren, beendet wurde. Aber schon die kommunistische Verwirklichung von Nietzsches „Auf die Schiffe, Philosophen!“ im Frühjahr 1922 zeigte, dass gegen die kommunistische Staatsgewalt keine souveräne Person und keine autonome Ge-

¹⁰⁰ Es handelt sich um die bekannte *obščina*, eine Bauerngemeinde, die in regelmäßigen Abständen den Boden der Gemeinde im Verhältnis zur Anzahl der Familienmitglieder unter den Bauernfamilien neu aufteilt. Hier ist das Gemeineigentum natürlich das Eigentum der Dorfgemeinde. Somit haben wir in Rußland nach der Machtübernahme durch die Bolschewiki und die linken Sozialisten-Revolutionäre am 6. November 1917 zwei Arten des Kommunismus, das vom Staat geführte, in der Hand der kommunistischen Partei liegende nationale, zentralistische System der Städte und der Roten Armee einerseits und das anarchische System relativ autonomer Landgemeinden. Das zu verstehen, ist äußerst wichtig für die Erkenntnis der Kollektivierung zwischen 1930 und 1933, in welcher der Stalinismus als Krieg von Kommunisten gegen Kommunisten in Erscheinung tritt. Die Entscheidung, die kommunistische Landgemeinde bei Selektion ihrer Mitglieder in die Kolchose umzuwandeln, ist zugleich die Entscheidung der nationalen kommunistischen Führung, dem KPdSU-ZK, die Preise für das freie Getreide der Bauern nicht zu erhöhen, wie Bucharin vorschlug, sondern dieses Getreide durch die „Ural-sibirische Methode“ Stalins zu requirieren, womit erneut eine Hungersnot mit 5 bis 7 Millionen Toten 1932/33 hervorgebracht wurde.

sellschaft geduldet werden sollte, dass also keine Gesellschaft der von der kommunistischen Partei geleiteten Nation als hinreichende Bedingung gegenübergestellt werden sollte.¹⁰¹ Das aber heißt: Vom Sozialismus als einer Gesellschaftsordnung konnte keine Rede sein.

3. Ziemlich genau die gleiche Geschichte läuft im sowjetisch besetzten Teil Deutschlands ab: Herstellung des Gemeineigentums (in Sachsen 1946 sogar mit positiver Volksabstimmung), bis 1954 verbunden mit sowjetischem Eigentum (den SAG-Betrieben), dann nach dem Mauerbau 1961, der die Kapitulation im ökonomischen Wettbewerb mit dem Kapitalismus signiert, Versuch einer Wirtschaftsreform, die volkseigene Großbetriebe zu Weltmarktakteuren machen sollte. Dieser Versuch, 1962 initiiert (Ulbricht erklärte im unmißverständlichen Gegensatz zu Lenin im Herbst 1962, dass nunmehr das Primat der Politik dem Primat der Wirtschaft weichen müsse), 1963 in atemberaubendem Tempo in Gang gesetzt und 1965 bereits wegen der schon 1964 gestellten Forderung Breschnews gestorben, die DDR weitgehend zum Zulieferbetrieb für sowjetische Bedürfnisse zu machen (denn die sowjetische Militärführung hatte beschlossen, den Angloamerikanern und Briten eine mächtige U-Boot-Flotte mit Atomantrieben entgegenzusetzen). 1972 berichtet dann Honecker Breschnew, dass die letzten Reste der Privatwirtschaft in der DDR beseitigt seien. Und die Genossen der Sozialistischen Einheitspartei nennen sich ohne leiseste Skrupel „wir Kommunisten von X“ beschließen das und das. Summa summarum: Die Geschichte der DDR ist die Geschichte des deutschen Kommunismus unter den Bedingungen der Liquidation Deutschlands als einer souveränen Nation durch die alliierten Sieger über den Faschismus. Sie hat mit einer Konstituierung von Sozialismus nichts, aber auch gar nichts zu tun.

4. Die Wende von 1989/91, die manche, denen man früher kein Fünkchen revolutionären Geistes zugeschrieben hätte, eine „friedliche Revolution“ nennen, hat die Wiederherstellung des persönlichen Privateigentums an den objektiven Produktionsbedingungen realisiert. Somit war sie natürlich keine Revolution, sondern – speziell in der DDR – eine hastige Restauration eben dieses Eigentums (mit hemmungsloser Enteignung der Volkseigentümer, die in den 45 Jahren zwischen 1945 und 1990 sehr wohl solches Eigentum geschaffen hatten). Das Ende der DDR wurde mit zahlreichen Rücktritten kommunistischer Parteiführungen vom Oktober und vollständig bis zum Dezember 1989 betrieben. Waffenbesitzer gebrauchten ihre Waffen nach dem 9. Oktober 1989 nicht, weil Leipzig mit 70.000 Demonstranten die völlige Unmöglichkeit einer bewaffneten Niederwerfung, vereinbar mit halbwegs zivilisierter Achtung der Weltöffentlichkeit, konstituierte.

¹⁰¹ Vgl. dazu W. Hedeler: Säuberungen unter dem Banner des Marxismus. Reihe ‚Philosophische Gespräche‘ des Vereins ‚Helle Panke‘ e. V., H. 31, Berlin 2014

Die schließliche Frage, die sich aus der Feststellung ergibt, dass die von Lenin initiierte kommunistische Umwälzung in allen Teilen der Welt die „Wende zur Privatwirtschaft“¹⁰² als ihre (von Leo Trotzki vorausgesehene) höchst eigene Folge hervorgebracht hat (alle Redereien vom „Verrat“ etwa Gorbatschows sind einfach gedankenlose und blinde Reaktionen frommer Gemüter), besteht natürlich darin: Warum? Ich möchte hier nur eine kurze, aber deutliche Antwort geben, deren Voraussetzung ich dem entnehme, was nach meiner Meinung weiter *Marxismus* genannt werden darf. Die Leninsche Initiative, aus den Bedingungen des ersten Weltkriegs völlig verständlich, hat zu dem geführt, was schon Lorenz Stein 1842 und nach ihm später Marx 1844 den *rohen Kommunismus* genannt hat. Er besteht darin, das Gemeineigentum als Staatseigentum zu realisieren, den Staat durch die kommunistische Partei zu ersetzen und alle Versuche zu unterbinden, die Personen oder Gesellschaften betreiben könnten, Produktionen für den durch sie aufzufindenden gesellschaftlichen Bedarf durchzuführen. Jeder persönliche Händler wird als Spekulant angegriffen (mit Hilfe der bekannten Telefonjustiz gegebenenfalls hinter Gitter gebracht). Wechselkurse, die kommunistischen Führungen – aus welchen Gründen auch immer – nicht genehm sind, werden als „Schwindelkurse“ denunziert, womit der Sinn konvertibler Währung begrifflos attackiert wird. An die Stelle des Ein- und Verkaufs von Waren tritt die Ver- und Zuteilung von Produkten mit der erfahrenen Folge, dass einerseits die Bestände unabsetzbarer Produkte wachsen und wachsen, andererseits die Bestände an nichtkonvertibler Währung, die eben das sind, was Marx in der zitierten Kritik des Gothaer Programms sagte, nämlich „Scheine“, mit denen die Individuen der kommunistischen Gemeinschaft sich Produkte aus dem Vorrat herausziehen. Marx hatte nur nicht bedacht, was passiert, wenn die fraglichen Individuen gar nicht daran denken, ihre Scheine zum Herausziehen der nicht ihr Bedürfnis befriedigende Produkte aus den Gemeinschaftsfonds zu verwenden.

Diese so verfaßte Organisation des rohen Kommunismus hat auf die Initiative der Individuen verzichtet, ja sie zum Teil terroristisch unter Strafe gestellt – und genau damit die Produktivitätsentwicklung ausgeschlossen, die sich Marx vom Kommunismus erhoffte, als er Théodore Dézamy gelesen hatte.¹⁰³ Dieser rohe Kommunismus hat den Widerspruch zwischen Individuen, zwischen Vereinen, zwischen Personen und Gesellschaften, schließlich zwischen dem kommunistischen Staat und seinen Individuen immer nur als Gegenstand der Negation gedacht, als etwas, was auszuschließen ist. Die „Reinigung“

¹⁰² Das ist ein von Matthias Matussek verwendete Terminus, den ich gern übernehme, weil er den Kern des Problems avisiert. Vgl. seinen Artikel *Requiem auf eine Revolution* in: Der Spiegel 68(2014)5, S. 124

¹⁰³ Vgl. sein *Gesetzbuch der Gütergemeinschaft* in: J. Höppner, W. Seidel-Höppner: Von Babeuf bis Blanqui. Französischer Sozialismus und Kommunismus vor Marx, Bd. II: Texte. Leipzig: Reclam 1975, S. 468–502

(natürlich als Ausschluß der unterlegenen Fraktion) war das orthodoxe Erbe, das die Bolschewiki zur säkularen Perfektion geführt hatten und genau damit rückständige Produktivkräfte hervorbrachten. Sie zu entwickeln, haben sich die kommunistischen Organisationen auf die Wende zur Privatwirtschaft eingelassen, hier durch direkte Verwandlung kommunistischer Funktionäre in reiche Oligarchen, dort durch Ermöglichung kapitalistischer Unternehmungen in territorialen Sonderzonen zunächst und dann im ganzen Land mit dem erstaunlichen Ergebnis, im Umfang von 2 Billionen Dollar diejenige konvertible Währung zu halten, die gerade jene Nation emittiert, die gewiß am entschiedensten den Kapitalismus verteidigt.

Besieht man sich die Sache nüchtern, so ist es eigentlich einleuchtend, dass die Produktivkräfteentwicklung dort am schnellsten erfolgt, wo die Individuen einer Gemeinschaft ohne Schranken objektive Produktionsbedingungen erwerben können, um ihre Fähigkeiten zu erproben und Produkte oder Dienste so anbieten können, dass sie ihre soziale Bedeutung als besondere Produzenten empirisch erfahren können. Dies bedeutet, dass der vom rohen Kommunismus beständig negierte Widerspruch (natürlich nicht der logische) vielmehr als wirkliche Bedingung der Produktivitätsentwicklung anerkannt werden muß. Sollten wir vielleicht denken, dass der Widerspruch zwischen Gemein- und persönlichem Privateigentum¹⁰⁴ als positive Bestimmung der Gesellschaftsorganisation zu denken ist, die man *Sozialismus* nennen kann? Dann wären wir wieder bei Rosa Luxemburg, die die Alternative Sozialismus oder Barbarei als zu bewältigende Aufgabe gesehen hat. Über die Barbarei des schrankenlosen persönlichen Privateigentums muß angesichts der deutschen Tatsache, dass das Gemeinwesen mehr als 2 Billionen € Schulden hat, während die vielen Privatwesen ein positives Vermögen von mehr als 4 Billionen € zu eigen haben, kein Wort verloren werden. Das Wort der Bundesbank von der nötigen Vermögensabgabe zeigt genau den Weg, den man zur Gewinnung von Erfahrungen, wie der Widerspruch zwischen Personeneigentum und Gemeineigentum zu beherrschen wäre, gehen muß. Immerhin sollen die alten Israeliten das Jubeljahr alle 7 Jahre als allgemeine Entschuldung gekannt haben. Und von Solon wissen wir, dass er mit der Seisachtheia die Versklavung der Schuldner zu beseitigen vorgeschlagen hat. Die Athener sind ihm gefolgt und begründeten damit das, was wir heute erfreut Europa nennen. Vielleicht kann man doch aus der Geschichte lernen.

¹⁰⁴ Ich verweise erneut darauf, dass das Gemeineigentum wegen seiner lokalen Bindung stets anderes Gemeineigentum außer sich hat. Treten beide miteinander in Austausch, d. h. in einen gesellschaftlichen Zusammenhang, sind sie gegeneinander natürlich Sonder- bzw. Privateigentümer. Das haben die Handelsvertreter der kommunistischen Staaten sehr genau erfahren, wenn sie als Repräsentanten ihrer Nationen miteinander Preisverhandlungen bestritten. Unter dem Mantel formeller Preise versteckten sich dann oft Tribute. Der Kommunismus könnte seine Denunziation des Geldes und Handels nur wirklich realisieren, wenn er als Weltstaat bestünde, wie ihn Wolfgang Harich beschrieben hat. Vgl. seine Interviews mit Freimut Duve, erschienen unter dem Titel *Kommunismus ohne Wachstum? Babeuf und der Club of Rome*. Reinbek. Rowohlt 1975

